Landecker Stadtblatt.

Amtliches Anzeigenblatt der städtischen Behörden.

Oeffentlicher Anzeiger für die Grafschaft Glatz.

Erscheint **jeden Mittwoch** mit einer bebilderten Unterhaltungsbeilage. Bezugspreis durch unsere Austräger oder durch die Post 1,80 M. vierteljährl. In der Geschäftsstelle abgeholt 50 Pf. monatlich, 1,50 Pf. vierteljährlich.

Nr. 33. **47. Jahrgang.**

Mittwoch, den 16. Juni 1920.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile 25 Pf., von auswärts 35 Pf., Reklamezeile 70 Pf. Bei Anzeigen fürs ganze Jahr entsprechende Ermäßigung. Anzeigen müssen spätestens Dienstag Vormittags aufgegeben werden.

An unsere Leser!

Als die Zeitungsverleger Ende Februar d. J. den Bezugspreis ihrer Zeitungen für das 2. Kalendervierteljahr festlegen mußten, kostete das Zeitungsdruckpapier je kg 2,05 M. gegen 0,20 M. im Frieden. In den vergangenen Monaten stieg der Papierpreis sprunghaft, so daß er augenblicklich 4,10 M. je kg beträgt. Dadurch wurde die damalige Festsetzung des Bezugspreises völlig überholt und für die Zeitungen die in dieser Zeit auch wesentliche Mehraufwendungen für Rohstoffe, Löhne und Gehälter machen mußten, eine wirtschaftliche Notlage geschaffen, der schon eine große Anzahl erlegen ist. Die Bemühungen der Zeitungsverleger, von Reichswegen durch Verbilligung des Papierholzes die Möglichkeit der Erhaltung der für die Allgemeinheit höchst wichtigen Presse zu erreichen, sind bisher ohne nennenswerten Erfolg geblieben. — Da für das 3. Vierteljahr mit einer weiteren Steigerung aller Unkosten des Zeitungsbetriebes gerechnet werden muß, so sehen sich die unterzeichneten Zeitungen wie die übrigen deutschen Blätter gezwungen,

ab 1. Juli d. J. den Bezugspreis zu erhöhen.

Unsere Leser werden dafür Verständnis haben, daß es auf die Dauer unmöglich ist, wie es jetzt seit Monaten geschieht, die fertige Zeitung billiger zu liefern, als allein das unbedruckte Papier im Einkauf kostet.

Wir bitten deshalb, unseren Zeitungen auch fernerhin treu zu bleiben.

Verein Schlesischer Zeitungsverleger.

Altwasser: Schlesischer Gebirgskurier. Breslau: Breslauer Morgenzeitung, Breslauer Neueste Nachrichten, Breslauer Zeitung, Schlesische Tagespost, Schlesische Volkszeitung, Schlesische Zeitung, Volkswacht. Brieg: Brieger Zeitung. Dittersbach: Dittersbacher Zeitung. Freiburg: Freiburger Bote. Friedland: Friedländer Wochenblatt. Gottesberg: Gottesberger Stadtblatt, Gottesberger Wochenblatt. **Landeck: Landecker Stadtblatt, Landecker Nachrichten.** Militsch: Militscher Kreis- und Stadtblatt. Namslau: Namslauer Stadtblatt. Neumarkt: Neumarkter Anzeiger. Nimptsch: Der Landsmann. Oels: Oelser Zeitung, Lokomotive an der Oder. Primkenau: Primkenauer Wochenblatt. Raudten: Raudten-Köbener Stadtblatt. Bad Salzbrunn: Salzbrunner Zeitung. Schweidnitz: Schweidnitzer Zeitung, Mittelschles. Zeitung. Strehlen: Der Volksbote. Trebnitz: Trebnitzer Anzeiger. Waldenburg: Die Bergwacht, Waldenburger Neues Tageblatt, Waldenburger Wochenblatt, Waldenburger Zeitung. Wohlau: Schlesische Dorfzeitung. Wüstegiersdorf: Wüstegiersdorfer Grenzbote.

Das **„Landecker Stadtblatt“** kostet ab 1. Juli monatlich 80 Pf. vierteljährlich 2,40 Mk. Das Abtragsgeld beträgt monatlich 20 Pf., vierteljährlich 60 Pf. extra.

Aus Kandeck und Allgemeines.

(Nachdruck unserer Original-Berichte verboten.)

Landeck, den 15. Juni 1920.

* Nach der am 14. Juni 1920 herausgegebenen Nr. 14 der Kur- und Fremdenliste von Bad Landeck sind angekommen resp. angemeldet:

Kur- und Erholungsgäste 1724 Personen,
Andere Fremde . . . 793 Personen,
zusammen 2517 Personen.

* **Tagesordnung** zu der am Donnerstag, den 17. Juni nachmittags 5 Uhr stattfindenden ordentlichen Stadtverordneten-Sitzung. 1/2. Schreiben der Herren Stadtverordneten Jonas und Dr. Dinter betreffend Amtsniederlegung. 3. Bericht des Wahlausschusses und Magistratsbeschluß hierzu. 4. Einführung der neueintretenen Herren Stadtverordneten, Zahntechniker Hoheisel, Postschaffner Strauch und Rektor Goebel. 5. Schreiben des Herrn Josef Hoffmann, betreffend Amtsniederlegung als Beisitzer im Mietseinigungsamt und Magistratsantrag hierzu, bezüglich Ersatzwahl. 6. Dankschreiben des Generalobearztes a. D. und Chefarztes des Militärkurhauses Dr Arimond. 7. Wahl von Mitgliedern in die Statskommission, Forst- und Promenaden-Deputation. 8. Magistratsantrag betreffend die Anstellung des Sparkassenkontrolleurs Bublig. 9. Verpachtung der Conditorräume im neuen Georgenbad vom 1. 4. 1921 ab. 10. Gesuch des Vorstandes der Ortsgruppe Landeck der Verbände heimatstreuer Oberschlesier um einen Beitrag. 11/12. Kenntnisnahme von der Revision der Stadthaupt- und Sparkasse für den Monat Mai 1920. 13. Bericht der Bau-Deputation über die vorzunehmenden Arbeiten zur Errichtung einer Försterwohnung in Voigtsdorf und Magistratsantrag dazu. 14. Schreiben des Tischlermeisters Hoffschicht und Magistratsantrag hierzu. 15. Gesuch des Hausmeister Nischer in Karpenstein um Entschädigung für geleistete Mehrarbeit. 16. Kommissionsberichte der Stats-Kommission: a) Ueber Erhebung einer Gemeindesteuer von der Erlangung der Erlaubnis zum ständigen Betriebe der Gastwirtschaft und Kleinhandel mit Branntwein. b) Erhebung der bisherigen Betriebssteuer um 100 %. c) Zahlung der Beiträge zur Handwerkskammer. d) Bewilligung von Mitteln für die Reserveteile zur Heizdampfmaschine im Elektrizitätswerk. e) Prüfung der Ueberschreitungen im Rechnungsjahr 1919. 17. Gesuch der Ehrw. Oberin M. Urbana um Erhöhung der Verpflegungskosten für die Insassen des Bürgerhospitals. 18. Gesuch des Orgelbaumeister Lux um Erhöhung der Entschädigung für Stimmen des Flügels etc. im Kurhause. 19. Magistratsantrag auf Bewilligung von Mitteln zur Regulierung der Kiesgrube und Ausbau des Weges „städt. Gärtnerei-Zeppelinhöhe“.

+ **Schöffengerichtssitzung** am 10. Juni. Amtsgerichtsrat Kothe als Vorsitzender, Referendar Steuer als Gerichtsschreiber, Vertreter der Staatsanwaltschaft Bürgermeister Dr. Jeglinsky. Als Schöffen waren anwesend Schneidermeister Kaiser-Kunzendorf und Bauerguts besitzer Bittner-Schreckendorf. — Dem Arbeiter Rudolf aus Tschechien wurde zur Last gelegt 7 Liter Rum nach Deutschland geschmuggelt zu haben. Das Urteil lautete auf 5 Tage Gefängnis und 216 Mk. Geldstrafe. — Wegen Betrug war das sich jetzt in der Fürsorgeerziehung befindliche Dienstmädchen Schmarander angeklagt weswegen sie zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. — Wegen unbefugter Einfuhr von Schuhen wurden die Arbeiter Grieger, Klatte, Gröger, alle von hier zu je 5 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. — Der Stückmann Ernst Wolf aus Wolmsdorf hatte sich wegen unbefugten Verkauf eines Ochsen zu verantworten und wurde zu 5 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. — In der Privatklage des Maurers Franz Schweda von hier gegen den Arbeiter Alfred Hundt aus Niederthalheim wegen Beleidigung erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von 20 Mk. und Tragung sämtlicher Kosten.

o. Am 14. d. Mts. abends 8 Uhr wurde die Freiw. Feuerwehr und Freiw. Sanitätskolonne, zur anberaumten Uebung mit der Pflichtfeuerwehr alarmiert. Als Brandobjekt wurde das Saalgebäude des Hotel goldenen Kreuz benannt, wo im 1. Stock Feuer ausgebrochen war, welches schnell umsich griff und das Treppenhaus stark verqualmte und unpassierbar machte. Die Mehr griff den Brandherd von zwei Seiten an. Mittels Rauchschutzapparat wurde der Innangriff vorgenommen und bedrängte Personen aus dem Feuer gerettet. Ueber die Nürnberger-Leiter konnten weitere Personen sofort gerettet werden. Die Sanitätskolonne übernahm in schneller umsichtiger Weise die Bergung verunglückter und durch Rauchgase betäubter Personen, und legte Notverbände etc. an. Die Uebung ist in allen ihren Teilen mustergültig verlaufen. Die Mannschaften waren schnell und vollzählig mit den Geräten an der Brandstelle und erlangten die volle Anerkennung der vorgesetzten Behörde. Die Mannschaften der Pflichtfeuerwehr wurden am Ring versammelt, dießmal sofort verlesen und zur Brandstelle weitergeleitet, auch hier war der größte Teil der Mannschaften schnell am Platze. In den jetzt so schweren Zeiten ist gerade die Freiw. Feuerwehr der Verein, welcher uneigennützig ohne Ansehen der der Person, jedem in Gefahr zu Hilfe kommt, um Leben, Hab und Gut zu retten und zu schützen, möge er daher jederzeit Förderung und Unterstützung bei der Behörde und der Bürgerschaft finden.

r. Von schönstem Wetter begünstigt, unternahm am Sonntag die Gesangsabteilung des kath. Gesellenvereins einen Spaziergang nach Raiersdorf, um die Kapelle des nahen Stachelberges zu besuchen. Während etwa einstündigem Aufenthalt wurden neben stiller Andacht die Lieder „Es blüht der Blumen eine“ und „Ave Maria“ und am Fuße des Stachelberges „Das Kirchlein“ gesungen. Mehrere Marschlieder verkürzten der munteren Sängerschar den Rückweg, welcher durch eine Rast in „Gutbergsruh“ unterbrochen wurde. Nach der nötigen Erfrischung las Herr Rektor Goebel einige Sagen aus umliegenden Dörfern vor, die allgemein interessierten. In kurzen markigen Worten gedachte hierauf der Kassierer des Vereins, Herr Handschuhfabrikant Hauck der eifrigen Tätigkeit und der großen Mühen, welche sich Herr Rektor Goebel als Leiter der Abteilung in aufopfernder Weise unterzogen und wurde als Dank ein dreifaches kräftiges Hoch auf denselben ausgebracht. Kurze Worte des Dankes und der Anregung zu weiteren Interesse zur guten Sache seitens des Herrn Vizepräses folgten. Lustiger Liedersang und Tanz wechselten in angenehmer Reihenfolge und erhöhte bald die frohe und gemütliche Stimmung des Hauses und dürften diese Stunden bei den Teilnehmern noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben. — Nächste Gesangstunde Mittwoch, den 23. Juni.

r. **Kreuzbündnis** (V. a. K.) Mit dem allgemeinen Gesange des Farbenliedes wurde die Versammlung eröffnet. Aus den Beschlüssen des Vorstandes, welche sodann bekanntgegeben wurden, ging hervor, das der Verein das Schutzfest des hl. Johannes des Täufers am 24. d. Mts. mit hl. Generalkommunion früh 6 Uhr und mit einer Versammlung abends 8 Uhr feiern will. Hieran schloß sich die Vorlesung eines Flugblattes über das schreckliche Unheil, welches der Alkohol über Volk und Vaterland bringt, sowie eines Artikels aus dem Quickborn über den Gautag in Glatz. Nach dem Gesange einiger Abstinentenlieder wurde zum Schlusse noch einige Humoresken aus dem Guda Abend von 1919 vorgelesen.

n. Am 14. d. Mts. fand eine **Sitzung der kath. Kirchengemeindevertretung** im Gasthaus zum goldenen Stern statt, welche Beigeordneter Neumann als stellvertretender Vorsitzender eröffnete. Derselbe begrüßte die Erschienenen und teilte mit, daß der 1. Vorsitzende, Herr Justizrat Dr. Dinter schwer erkrankt sei und knüpfte den Wunsch hieran, daß Gott sein Leiden lindern möge. Beschlossen wurde: Zu 1. Die Kirchengemeindevertretung tritt dem Beschluß des Kirchenvorstandes vom 19. 5. 20 bei und ermächtigt denselben, gegen die Firma Ullrich in Apolda wegen Lieferung der Kirchenglocken den Rechtsweg zu beschreiten. Die Firma Ullrich weigert sich, die vertraglich bestellten Glocken für 30 000 Mk. zu liefern, hat die Lieferung fortwährend hingezogen und verlangt nunmehr das doppelte des vereinbarten Preises. Zu 2. Das Gesuch der Frau Oberin des Bürgerhospitals um Erhöhung der Entschädigung für Kirchenwäsche, sowie das Gesuch der Frau Pauline Seifert um Erhöhung der Entschädigung für die Vereinigung der Pfarrkirche wird dem Beschlusse des Kirchenvorstandes gemäß genehmigt. Zu 3. Gegen die Abnahme der Kirchenrechnungen findet sich nichts einzuwenden; insbesondere ist die Versammlung mit den Ueberschreitungen der Etats einverstanden. Zu 4. Mit dem Kostenanschlage des Malers und Vergolders Georg Reimann betr. Reinigung der Pfarrkirche erklärt sich die Kirchengemeindevertretung einverstanden. Die Mittel in Höhe von 16—17 000 Mk. sollen durch Sammlungen aufgebracht werden, damit unter so schönes Gotteshaus wieder ein würdiges Aussehen erhält. Während des Krieges war eine durchgreifende Reinigung technisch unmöglich geworden, nunmehr aber sollen diese Arbeiten noch im August d. Js. ausgeführt werden. Die Versammlung hofft, daß die Mittel, für welche eine Deckung nicht vorhanden ist, durch freiwillige Spenden aufgebracht werden. — Besprochen wurde noch die Friedhofsfrage, sowie ein Gesuch um Erhöhung einer Entschädigung, zu welchem aber der Kirchenvorstand noch Stellung nehmen muß. Der Vorsitzende schloß die Versammlung, zu welcher als Vertreter des Kirchenvorstandes Herr Pfarrer Heinze erschienen war.

* **Mirnskonzert.** Es ist gelungen das berühmte Breslauer Sängerpaar Mirus für einen Abend im Luisensaal zu gewinnen. Wer das junge und doch schon auf den höchsten Gipfeln der Kunst stehende Sängerpaar im Jahre 1917 hier gehört hat, wird sich mit Begeisterung an die herrlichen Abende erinnern. Dem beliebten Künstlerpaare dürfte am Dienstag, den 22. d. Mts. ein ausverkauftes Haus beschieden sein. Näheres siehe Inserate und Plakate. Karten sind in der Buchhandlung Olesch zu haben.

-o. **Lebensmittel- und Viehdiebstähle** wurden auch in den letzten Tagen wieder gemeldet. Es ist geradezu erstaunlich, mit welcher Freckheit die Diebe zu Werke gehen. Nichts scheint ihr unsauberes Handwerk zu stören. Wo Licht fehlt, da wird sogar das Elektrische eingeschaltet, um leichter in der Nacht arbeiten zu können und das beste aus Küche und Keller, Stube und Stall herauszuholen.

* Zu der in voriger Nummer gebrachten Notiz -s.- ist zu berichtigen, daß die Käuferin des Grundstückes Frl. Marie Wolf ist und die Kaufsumme 38 000 Mk. beträgt.

* **Niederthalheim.** Wie wir hören, fertigt das Basaltwerk Max Fendler Niederthalheim, neuerdings auch Zementdachziegel an. Das Material ist von ausgezeichneter Beschaffenheit. Es ist nun nicht mehr nötig Dachbedeckung von auswärts zu beziehen, die Transportkosten werden gespart und der durch den Transport hervorgerufene Bruch wird vermieden. (Näheres siehe Inserat.)

* Für einen Anschluß an das Orts-Fernsprechnetz Landeck Schles. beträgt vom 1. Juli d. J. ab die Pauschgebühr 480 M. Teilnehmer, die die Grund- und Gesprächsgebühren zu zahlen wünschen, haben 240 M. Grund und für jedes Ortsgespräch 20 Pf. zu zahlen. Zu diesen Beträgen treten noch die auch erhöhten Gebühren für Leitungen über den 5 km Umkreis 2 Wecker für Nebenanschlüsse u. s. w. Jeder Teilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluß bis 15. Juni zum 30. Juni 1920 zu kündigen. Der Übergang zu einer niedrigeren Gebührenart ist erst zum 1. Oktober zulässig. Für jeden Hauptanschluß sind außerdem ein einmaliger Beitrag von 1000 M. und für jeden Nebenanschluß von 200 M. zu zahlen. Die Zahlung kann einmalig oder wo das wirtschaftliche Bedürfnis vorliegt, in vierteljährlichen Raten von 250 M. erfolgen. Dieser Beitrag wird mit 4. v. H. verzinst und bei Aufhebung des Anschlusses zurück gezahlt.

* **Die Handelsaufsicht.** Für die Angestellten aller Berufszweige bestehen eine Reihe von Schutzgesetzen, oder deren mangelhafte Durchführung lebhaft geklagt wird. Besonders gilt das von den Arbeitszeit, der Einstellung von Kriegsteilnehmern und Beschädigten und der gesundheitlichen Instandhaltung der Arbeitsräume. In Bayern, Württemberg und Hamburg ist die Regierung deshalb dazu übergegangen, im Anschluß an die Gewerbeaufsicht gleichartige Einrichtungen auch für die Handels- und Bureaubetriebe zu schaffen. Der Zentralvorband der Angestellten hat jetzt beim Reichsarbeitsministerium beantragt, dieses solle auf die übrigen Regierungen im Reiche einwirken, gleichartige Einrichtungen zu schaffen. Damit würde eine seit Jahrzehnten von den Angestellten in Handels- und Bureaubetrieben erhobene Forderung endlich erfüllt.

— **Warnung vor falschen 50-Mark-Scheinen.** Neuerdings tauchen wieder falsche 50-Mark-Scheine mit dem Datum vom 30. November 1918 auf. Die Scheine sind erkenntlich an ziemlich hellem Druck besonders der erbfarbenen Umrahmung. Sodann erscheint das Wasserzeichen kaum sichtbar, und wenn es zu sehen ist, ist die Linienführung desselben scharf abgegrenzt, und erst nach erfolgtem Druck des Falschscheines, also auf diesem Druck, aufgesetzt, während bei echten Scheinen das Wasserzeichen deutlich im Papier verläuft. Die Nachahmung der Klischees ist gut.

Gottesdienst-Ordnung der kath. Pfarrkirche Landeck.

Sonntag, den 20. Juni:

1/4 7 u. 3/4 8 Uhr hl. Messen, 9 Uhr Hauptgottesdienst, 2 Uhr Vespern.

oc. **Zeitbilder.**

Mancherlei hat sich geändert — doch inzwischen auf der Welt, — und so manche schöne Dinge, — die man für natürlich hält, — wenn wir mit dem Auge streifen — heute sie beim Zeitungslesen, — wären doch in frühern Tagen — kaum verständlich uns gewesen. — Daß die Preise dauernd steigen — gleich aufs doppelte zumeist; — daß der Wucher nicht mehr Wucher, — sondern jetzt „Valuta“ heißt; — daß das Wort vom Bürgerkriege — uns schon ganz geläufig ist, — und man an der Zeiten Spannung — höchstens noch die Galgenfrist — sich berechnet, die es dauert, — bis man solchen uns beschert; — daß man von Vernunft und Ruhe — garnichts mehr in Deutschland hört; — daß wir stets politisch kochen — und für den, der anders denkt, — gleich nichts weniger verlangen, — als daß man ihn nächstens hängt; — daß wir so, wie einst mit Groschen — jetzt mit blauen Scheinen schmeißen; — daß wir einen Sommeranzug — heutzutage billig heißen, — wenn er nicht viel teurer war, — als man sonst verdient im Jahr; — daß wir morgens in der Zeitung — erst mal nachsehn, um zu wissen, — welche Schichten unsres Volkes — wieder einmal streiken müssen; — daß wir hamstern, wuchern, schieben; — daß wir nichts dem andern gönnen; — daß wir ohne Stänkereien — einfach nicht mehr leben können; — daß wir das selbst nicht mehr glauben, — was wir in der Zeitung lesen. — So was ist im alten Deutschland — Gottseidank nicht dagewesen.

Walter-Walter.

Schweidnitz. (Wegen einer Kirsche erstochen.) Eine furchtbare Bluttat spielte sich im nahen Leutmannsdorf ab. Dort geriet der 13 Jahre alte Schulknabe Joppich, der Sohn eines Leutmannsdorfer Maurers, mit dem gleichaltrigen Sohn des Stellenbesitzers Reipnich wegen einer einzigen Kirsche in Streit. In dessen Verlauf zog Joppich sein Taschenmesser und stach damit auf den andern Schulknaben ein. Ein wuchtiger Stich traf in die linke Brustseite in die Nähe der Herzgegend. Der Stich hat die Lunge durchbohrt und es ist wenig Hoffnung vorhanden, den unglücklichen Knaben am Leben zu erhalten. Es ist der einzige Sohn seiner Eltern.

Pianos

Harmoniums zu Kauf und Miete.
Orchestrions, elektr. Pianos.

W. Olbrich & Co., Glatz,

Grünestr. 18—18a, part. u. 1. Etg., Telefon 1.
Grösstes und ältestes Pianoforte-Magazin der Grafschaft.

Klavierstimmungen u. Reparaturen
in erstklassiger Ausführung.

Mehr Energie!

So kann es nicht weitergehen, es muß mehr Energie angewendet werden, um aus dem Teurungs-, Steuer- und Schuldensumpf, in dem wir stecken, herauszukommen. **Das ist das Ergebnis der Reichstagswahlen, wenn auch die komplizierte Berechnung mit den Restziffern in den Wahlkreisverbands- und Reichslisten erst später ergeben wird, wie sehr sich die Parteiverhältnisse in der deutschen Volksvertretung ziffernmäßig geändert haben.** In den bürgerlichen Parteien drängen die Anhänger eines Vorschreitens zur besseren Wirtschaft auf eigenes und selbständiges Arbeiten, unbeeinflußt von zu weit gehenden Kompromissen mit den Sozialisten hin; bei den Sozialdemokraten hat sich die Tendenz nach der von den Unabhängigen geforderten radikalen Umwälzung geneigt. Gewiß ist, daß die heutige Reichsregierung als solche eine Wahlniederlage erlitten und die Sozialdemokratie als Gesamtpartei nicht eine solche Verstärkung ihrer Macht durchgesetzt hat, um die Lage beherrschen zu können. Sie hat im Gegenteil einen Rückgang des Aufstieges zu verzeichnen.

Eine Neubildung des Reichsministeriums ist vorauszusehen. Die Einzelheiten bleiben abzuwarten, denn von einer Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien, die die Lage sofort klären würde, ist keine Rede. Es kann sich auch bei uns ergeben, was in allen parlamentarisch regierten Ländern zeitweise eintritt, daß überhaupt keine feste Mehrheit zustande kommt, und die Regierung von einem Geschäftsministerium geführt oder zu abermaligen Wahlen geschritten werden muß. Jedenfalls kann bei der Neuaufstellung des Regierungsprogramms der offenbare Widerstand der Mehrheit des Volkes gegen eine einseitige Verwirklichung von sozialistischen Prinzipien nicht außer acht gelassen werden. Die Nation will kein Abwarten und keine halben Maßnahmen, sondern energische Unterdrückung der Schieber und Schleichhändler, Abbau der Preise, Sparsamkeit und Sicherung von Arbeit und Ordnung.

Die Wahlen sind in Ruhe verlaufen, und der hinkende Bote wird hoffentlich nicht noch nachkommen. In jedem Falle wird die moralische Wirkung des Wahlverlaufes und des Wahlergebnisses eine ausgezeichnete sein, nicht nur im Innern, sondern auch nach außen. Es ist kein Geheimnis, daß Tausende von besonnenen Arbeitern und von Kleingewerbetreibenden, die 1919 hoffnungsvoll sozialistisch gewählt haben, sich jetzt den bürgerlichen Parteien zugewandt haben, und das wird in Zukunft noch mehr als bisher der Fall sein, wenn jetzt eine Politik des zielbewußten Willens Platz greift. Wir haben mehr Lebensmittel, mehr Rohstoffe und mehr Arbeitskräfte, als auf dem Papier stehen. Sie müssen nur flüssig gemacht, und der Verschleuderung des Nationalvermögens im Parteiinteresse muß ein Ziel gesetzt werden. Sparen, so viel wir können, arbeiten, so viel wir wollen, das ist in letzter Reihe der Schlüssel zu allen Schwierigkeiten, die uns heute das Leben sauer gemacht und jede Lebensfreude vergällt haben.

Den Engländern wird das Wahlresultat eine Freude sein, wenn es auch nicht alle sagen werden. Die Franzosen haben nur unsere wirtschaftliche und finanzielle Ausbeutung im Auge, die sie betonen, und die sie in den Vordergrund gestellt haben würden, auch wenn die Wahl anders ausgefallen wäre. Auch der Entente gegenüber geht es nicht ohne Energie, das Unterschreiben auf Kommando muß ein Ende haben, weil es nichts nützt. Dazu wird der Eindruck des Wahlergebnisses nach außen hin helfen, dessen Bedeutung sich nach allen Seiten hin durchsetzen wird, auch da, wo es auch nicht gleich gewürdigt werden wird. Wir waren zu schwach und haben dafür nichts als Spott geerntet. Nun müssen wir zeigen, daß wir auch anders können! Wm.

Der neue Reichstag.

Insgesamt 460 Abgeordnete, davon nur 222 der bisherigen Mehrheit.

Unter Zurechnung der Abgeordneten der Abstimmungsgebiete ergibt sich folgende Zusammensetzung des neuen Reichstages:

Deutschnationale Volkspartei	65
Deutsche Volkspartei	61
Christl. föderalistische Liste (Bayr. Vp., Christl. Vp.)	21
Bayr. Bauernbund	4
Deutsch. Hannov. Partei	5
Zentrum	67
Demokratische Partei	45
Sozialdemokratische Partei	110
Unabh. Soz. Partei	80
Kommunistische Partei	2

insgesamt 460 Abgeordnete.

Dazu werden halbamtlich noch folgende Einzelberechnungen mitgeteilt:

Bei den Wahlen zum Reichstag sind nach den vorläufigen amtlichen Meldungen, die beim Reichswahlleiter eingelaufen sind, insgesamt 25 719 067 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf die

Sozialdemokratische Partei	5 531 157
Unabhängige Soz. Partei	4 809 862
Deutschnationale Volkspartei	3 638 851
Deutsche Volkspartei	3 456 131
Zentrum	3 500 800
Dtsch. demokr. Partei	2 152 509
Christlich-föderal. Liste	1 254 963
Kommunistische Partei	438 199
Dtsch Hannov. Partei	318 104

Auf Grund dieses Stimmenverhältnisses sind mit Berücksichtigung der Verteilung der Reststimmen auf die Verbandswahlkreise und die Reichslisten 418 Abgeordnete gewählt worden, und zwar 92 Abg. der S. P. D., 80 U. S. P. D., 61 Dnat., 59 D. Vp., 58 Ztr., 36 Dem., 21 Föderal., 5 D. Hann., 4 Bayr. Bb., 2 Komm.

Bei der Berechnung ergab sich, daß von den Reststimmen über 30 000 je ein Mandat auf die Deutschdemokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei und die Christlich-föderalistische Liste fielen. Im übrigen verteilen sich die Reststimmen folgendermaßen: 11 157 Sozialdemokratische Partei, 20 800 Zentrum, 22 509 Deutschdemokratische Partei, 8851 Deutschnationale Volkspartei, 16 131 Deutsche Volkspartei, 9862 Unabhängige Soz. Partei, 15 963 Christlich-föderalistische Liste, 18 103 Deutsch-Hannoversche Partei, 318 199 Kommunistische Partei und 87 518 Deutscher Wirtschaftsbund für Stadt und Land.

Die Tatsache, daß die Kommunisten wie auch der Wirtschaftsbund trotz der hohen Reststimmen kein Mandat weiter erhalten haben, ergibt sich aus der Bestimmung, daß auf die Reichslisten nicht mehr Mandate entfallen dürfen, als die betr. Partei bei der Hauptwahl erzielt hat. Da in den einzelnen Wahlkreisen die Kommunisten nur 1 Mandat errungen haben, konnten sie, obwohl sie über 300 000 Reststimmen haben, auf die Reichsliste auch nur noch ein Mandat hinzubekommen, und da der Wirtschaftsbund bei der Hauptwahl in keinem Kreise durchkam, bekommt er überhaupt keine Abgeordneten, trotz seiner insgesamt 80 000 Stimmen.

Man sieht, auch dieses neue Wahlverfahren ist nicht gan zlückenlos. Käme genau auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter, dann hätten wir statt zwei sieben Spartakisten im Reichstag. Das wäre eine immerhin sehr starke Konkurrenz für Luise Zietz.

Die Landtagswahlen.

Die neugewählten Vertretungen von Bayern und Württemberg.

Das amtliche Wahlergebnis für den bayerischen Landtag stellt sich folgendermaßen:

Bayerische Volkspartei 1 154 466 Stimmen und 54 Abgeordnete;

Sozialdemokraten 487 060 Stimmen und 19 Abgeordnete;

Deutschnationale Partei und Deutsche Volkspartei 404 611 Stimmen und 17 Abgeordnete, Unabhängige 388 613 Stimmen und 16 Abgeordnete;

Bayerischer Bauernbund 235 435 Stimmen und 10 Abgeordnete;

Demokraten 235 494 Stimmen und 8 Abgeordnete;

Kommunisten 51 174 Stimmen und 1 Abgeordneter.

Die Bürgerlichen haben demnach 89 Abgeordnete, die Sozialdemokraten 36 Abgeordnete, außerdem sind 15 Sitze auf Grund der Restziffern und 15 sogenannte Landessitze auf die genannten Parteien im Verhältnis ihrer Stärke zu verteilen. Die Saarpfalz hat zum Reichs- und Landtag nicht wählen können. Die jetzige Regierung v. Kahr hat also eine feste Mehrheit hinter sich.

Der neue württembergische Landtag setzt sich folgendermaßen zusammen: 23 Deutschnationale, 14 Deutsche Volkspartei, 10 Bürgerpartei, 4 Zentrum, 18 Bauernbund, 15 Demokraten, 17 Sozialdemokraten, 17 Unabhängige, 0 Kommunisten.

Zusammentritt des neuen braunschweigischen Landtages.

Der neue braunschweigische Landtag wurde Dienstag nachmittag durch den Alterspräsidenten Ricke (Sozialdemokrat) eröffnet. Zum Präsidenten wurde der Abgeordnete Wesemeier (Unabhängiger), zu Vizepräsidenten sind die Abgeordneten Wessel (Deutsche Volkspartei) und Dr. Jasper (Soz.) gewählt worden. Nach der Präsidentenwahl begrüßte der bisherige Ministerpräsident Dr. Jasper den neuen Landtag im Auftrage der Regierung mit der kurzen Erklärung, daß die Staatsminister in dem neuen Ausfall der Landtagswahl einen wichtigen Grund zur sofortigen Niederlegung ihrer Aemter erblicken dürften. Die Bildung einer neuen Regierung durch den Landtag sollte Mittwoch erfolgen.

Krise in Sachsen.

Die Demokratische Fraktion der sächsischen Volkskammer ist in Beratung darüber eingetreten, welche Stellung sie zu dem Ausfall der Reichstagswahlen einzunehmen hat. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Fraktion ist aber entschlossen, die Konsequenzen aus den Wirkungen der Wahl auf die Reichspolitik zu ziehen. Man wird also annehmen dürfen, daß sie aus der Regierung austritt.

Westpreußens Abstimmung.

Am 11. Juli.

Wie die Interalliierte Kommission in Marienwerder mitteilt, finden die Volksabstimmungen im westpreußischen Abstimmungsgebiet am 11. Juli statt.

Der Deutsche Schutzbund, der die Sorge für die Beförderung der Stimmberechtigten übernommen hat, hat sich bemüht, der Schwierigkeiten, die der Reise der Stimmberechtigten durch den polnischen Korridor erwachsen, Herr zu werden. Polen hat es in der Hand, den Stimmberechtigten den Weg zum Ziel nach Belieben zu öffnen oder zu schließen. Allerdings bleibt für alle Fälle der Seeweg offen; aber auch hier sind infolge der durch den Friedensvertrag bedingten Abgabe deutschen Schiffsraumes an die Alliierten der Beförderung verhältnismäßig enge Grenzen gezogen. Die deutsche Regierung hat bei der Regierung in Warschau, bei den interalliierten Kommissionen und bei den alliierten Regierungen seit Monaten die ernstesten Vorstellungen erhoben, um Bürgschaften für die freie Durchfahrt der Stimmberechtigten zu erhalten. Die polnische Regierung ist immer wieder der Entscheidung aus dem Wege gegangen; jetzt, wo die Abstimmung unmittelbar bevorsteht, muß sich zeigen, ob Polen bereit ist, das Selbstbestimmungsrecht in Ost- und Westpreußen anzuerkennen, und, wenn das nicht der Fall ist, ob es den Alliierten mit dem Selbstbestimmungsrecht ernst ist.

Die Deutschen im Auslande.

Die Entfremdung der Auslandsdeutschen von der Heimat.

Vom Deutschen Auslands-Institut wird geschrieben:

Es ist für Deutschland wichtig, daß Volk und Regierung über die Stimmungen und Verstimmungen un-

Volksleben und Wirtschaft.

— **Der Kartoffelgroßhandel für den freien Verkehr.** In der in der Handelskammer zu Berlin stattgefundenen, aus allen Teilen Deutschlands von 700 Personen besuchten Frühjahrstagung des Deutschen Kartoffelgroßhändler-Verbandes Berlin-Düsseldorf wurde eine Entschließung angenommen, der wir folgendes entnehmen: Die Kartoffelzwangswirtschaft ist zusammengebrochen. Es wird amtlich zugegeben, daß der größte Teil der Kartoffeln infolge der Zwangswirtschaft im Schleichhandel zu Preisen bis zum Zehnfachen des Höchstpreises bezahlt werden mußte. Die Städte haben sich der Lage nur dadurch anpassen können, daß sie ihre Speisekartoffeln auf dem Umwege des Saatkartoffelgeschäftes unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen deckten. Ungeheure Mengen sind bei den Erzeugern und den Stadtverwaltungen zugrunde gegangen, da die Ware nicht an den Mann zu bringen ist. Es ist bedauerlich, daß sich die Regierung nicht aufraffen kann, nachdem die Reichskartoffelstelle selbst die Notwendigkeit der Freigabe des Kartoffelverkehrs hat zugeben müssen, ein Ende zu bereiten. Der deutsche Kartoffelgroßhandel lehnt jede Mitverantwortung für ein System ab, das sich als schadenbringend für das allgemeine Wohl erweist. Er wird seinerseits alles daran setzen, um das Zwangssystem zu stürzen und den freien Kartoffelverkehr zur Durchführung zu bringen.

— **Mehr Stickstoff — mehr Brot.** Vor dem Kriege wurden in der deutschen Landwirtschaft verbraucht: 210 000 To. Stickstoff. Die in Deutschland vorhandenen Werke sind nach dem jetzigen Stande ihrer Fertigstellung und nach der heutigen Lage der Kokerei imstande, zusammen jährlich 310 000 Tonnen zu erzeugen. Nach vollständiger Fertigstellung der Werke und Zurückführung der Kokereiindustrie auf den Stand vor dem Kriege aber ist die jährliche Erzeugung auf insgesamt 520 000 Tonnen Stickstoff zu steigern. Wie die drei bekannten Autoritäten auf dem Gebiete der Stickstoffindustrie, Geheimrat Professor Dr. Caro, Geheimrat Professor Dr. Haber und Direktor Sohn, als Mitarbeiter in der soeben vom Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Ramm, herausgegebenen Schrift „Aus Luft durch Kohle zum Stickstoffdünger — vom Stickstoffdünger zu Brot und reichlicher Nahrung" (Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg) ausführen, sind die Hilfsmittel vorhanden, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Werden diese 520 000 Tonnen Stickstoff im Jahre tatsächlich erzeugt und in den Acker gebracht und wird gleichzeitig dafür Sorge getragen, daß neben diesen Stickstoffmengen 1 000 000 Tonnen Kali und vorläufig wenigstens 300 000 Tonnen Phosphorsäure jährlich der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung stehen, dann kann diese so viel Getreide, Fleisch und Fett erzeugen, überhaupt die heimische Erzeugung so weit sichern, daß die Ernährung unseres Volkes wieder voll und reichlich ist. Die Erreichung dieses hohen Zieles allerdings erfordert, daß die jahrelangen unablässigen Bemühungen des preußischen Landwirtschaftsministeriums auf baldige Fertigstellung der noch im Bau begriffenen Stickstoffwerke und die zureichende Belieferung der Kunstdüngerfabriken mit Kohle, Koks bzw. Schwefelsäure nunmehr endlich voll verwirklicht werden. Denn es trifft nur zu sehr zu, wenn Staatssekretär Dr. Ramm in dem erwähnten Buche ausführt, „daß unsere Ernährung nur dann eine hinreichende und reichliche sein kann, wenn eine Quelle, die deutsche Stickstoffquelle nämlich, so reichlich als möglich fließt."

— **Einfache Düngemittel für die Gartenbeete** welche von der Hausfrau meist achtlos und nutzlos beiseite geworfen werden, sind Holzasche und Ruß. Die meisten Pflanzen, vorzugsweise aber alle kohlartigen Gemüse, Salat, Bohnen, Erbsen, verkümmern allmählich, wenn dem Boden keine Holzasche zugesetzt ist. Wird die Holzasche trocken aufgestreut, so ist sie zugleich auch ein vorzügliches Mittel, die Pflanzen vor den Erdflöhen, Schnecken und anderen Schädlingen zu schützen. Für Weinstöcke gibt es kaum ein besseres Düngemittel, und bestreut man im Herbst den Boden und die Wurzeln von jungen Obstbäumen stark mit Holzasche, so wird man die günstigen Wirkungen in den folgenden Jahren in auffälliger Weise wahrnehmen. Man sammle daher die Holzasche sorgfältig und bewahre sie trocken zum Gebrauch auf. — Der Ruß ist ebenfalls ein vorzügliches Düngemittel im Garten und auch, mit Vorsicht angewandt, für viele unserer Topfgewächse. Er befördert das Wachstum, gibt den Pflanzen neue Triebkraft, vertreibt das Ungeziefer und hat viel Einfluß auf die Färbung der Blumen. Das Blattwerk der Rose wird, wenn man diese mit Ruß düngt, viel üppiger und von dunklerem Grün. Zum Begießen der Topfpflanzen wird der Ruß zuvor in heißem Wasser aufgelöst und dann von dieser Lösung eine nicht zu große Menge dem gewöhnlich zum Gießen verwendeten Wasser beigemischt. Man darf aber die Topfgewächse nur dann mit Ruß düngen, wenn sie sich in vollem Wachstum befinden. Zur Ruhezeit der Pflanze würde er ihnen schaden.

— **Beamte und Bevölkerung.** Aus verschiedenen Kreisen ist berichtet, daß die Bevölkerung zum Teil nicht mit der Praxis der Verwaltungsbeamten einverstanden ist. Wer so etwas sagt, sollte sich seine Worte doch genau überlegen und sich einmal die Klagen der französisch gewordenen Elsaß-Lothringer in der Deputiertenkammer zu Paris über ihre neuen Beamten durchlesen. Die Franzosen sind viel bürokratischer, unkulanter und teurer, wie die alten praktisch bewährten deutschen Beamten, nach denen allgemeine Sehnsucht besteht. Daß der geschulte deutsche Beamte auf Grund seiner Kenntnisse und Erfahrungen am billigsten und vorteilhaftesten für Staat und Bevölkerung arbeitet, wird allgemein anerkannt. Ungeschulte Beamte haben geringen Wert, wir haben gerade Steuern genug.

* **Lustmord.** In Frankfurt (Oder) wurde die Kellnerin Frida Menzyka in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Um ihren Hals lag fest angezogen eine Schnur, so daß der Tod offensichtlich durch Erdrosselung eingetreten ist. Es handelt sich anscheinend um einen Lustmord.

* **Den Sohn niedergeschossen.** Im Dorfe Lüttow bei Büchen hat sich ein furchtbares Drama abgespielt. Vor kurzer Zeit kehrte der Sohn des Oekonomen Brügmann aus vierjähriger französischer Gefangenschaft in das Vaterhaus zurück. Er machte dem Vater gegenüber Ansprüche auf den Hofbesitz geltend, die jedoch abgelehnt wurden. Zwischen Vater und Sohn entspann sich ein heftiger Streit und im Verlauf desselben griff Brügmann zur Jagdflinte.

errichtet sind, die unter den Auslandsdeutschen bestehen. Ueber ein Drittel des deutschen Volkstums lebt außerhalb der Reichsgrenzen, und auf dieses Drittel muß sich das Heimatvolk in seinen kulturellen und wirtschaftlichen Aufbaubestrebungen fest verlassen und stützen können, wenn es gegenüber den tief eingefressenen Verhetzungen wieder emporkommen will. Die Auslandsdeutschen haben zum weitaus größten Teile ihrer unveränderten Liebe und Anhänglichkeit für ihr Mutterland beredten Ausdruck gegeben. Die reichen Sammlungsergebnisse, die nach Deutschland geflossen sind, haben hier viel Not und Elend mildern helfen.

Volk und Regierung dürfen aber auch nicht vergessen, daß auch eine starke Verstimmung über viele Ereignisse in Deutschland bei den Auslandsdeutschen besteht, die durchaus nicht nur etwa auf politisch verschiedene Ansichten zurückgeht, sondern die sich auf Erfahrungen in der persönlichen Behandlung erstreckt und die zur geistigen Absplitterung weiter Teile des Auslandsdeutschtums führen kann. Geistig hochstehende und wirtschaftlich bedeutende Männer wenden sich von der Heimat ab, deren Methoden der Menschenbehandlung und der Geschäftsmoral ihnen nicht mehr zusagen. Wie auch Kleinigkeiten und scheinbare Aeußerlichkeiten in dieser Hinsicht wirken, wie sehr alle Maßnahmen des Reiches künftighin auch in bezug auf ihre Wirkungen unter den Auslandsdeutschen geprüft werden müssen, dafür liefert abermals ein Brief einen Beweis, der dem Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart, von einflußreicher auslandsdeutscher Seite aus dem neutralen Ausland zugegangen ist. Es heißt dort:

„Ich muß Ihnen leider sagen, daß ich wünsche, so bald wie möglich alle Verbindungen mit der Heimat abzubrechen und daß ich zu vergessen suchen will, daß ich Deutscher bin. Die Erfahrungen, die ich in 30 Jahren habe machen müssen, sind derart traurig, daß ich mit dem Vaterlande so wenig wie möglich zu tun haben will. Ich bin 28 Jahre in Belgien gewesen, und die Behandlung, die wir von deutscher Seite während der Besetzung uns gefallen lassen mußten, war nichts weniger als angenehm. Als Auslandsdeutsche wurden wir mit dem größten Mißtrauen behandelt, trotzdem wir dem Vaterlande treu geblieben waren und unsere Pflichten als Deutsche viel ernster nahmen als die in der Heimat.

Jetzt, wo wir unser Eigentum verloren haben, werden wir ebenso rücksichtslos vom neuen Deutschland behandelt. Um uns nach Möglichkeit zu verhindern, ins Vaterland mal auf einige Tage zurückzukehren, werden uns vom Konsulat ungeheuer hohe Paßkosten auferlegt, wir sind dem Vaterland nur interessant, wenn wir uns von ihm schröpfen lassen. Seit dem Kriege und diesen uns auferlegten hohen Paßkosten, und der allgemein erlittenen Behandlung, ziehe ich vor, nach dem Prinzip „ubi bene, ibi patria" zu handeln. Jedem weniger Bemittelten macht es Deutschland unmöglich, einmal zeitweise die Seinen in Deutschland zu besuchen. Wie soll da die Anhänglichkeit ans Vaterland gepflegt werden können? So sagt man gerade diejenigen, die am meisten einer Anregung bedürfen, um ans Vaterland gefesselt zu werden, für immer außer Landes."

* * *

Zuzug und Unterbringung von Auslandsdeutschen. Das Gesetz über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai 1920 hat in erfreulicher Weise der schwierigen Lage vieler Auslandsdeutschen Rechnung getragen, indem es bestimmt, daß Deutsche, die unter den Einwirkungen des Krieges aus dem Ausland oder aus einem vom Feinde besetzten oder infolge des Friedensschlusses aus dem Reichsgebiet ausscheidenden oder einer anderen Verwaltung unterstehenden Landesteile geflüchtet oder vertrieben worden sind, sowie Deutsche, die zur Erfüllung einer Wehrpflicht aus dem Auslande nach Deutschland zurückgekehrt sind und denen jetzt von der ausländischen Regierung die Rückkehr nach ihrem Wohnort verboten oder erschwert wird, von den Gemeinden bei der Unterbringung der Wohnungsuchenden vorzugsweise zu berücksichtigen sind. Gegen eine von der Gemeindebehörde im Einzelfalle auf Grund des Gesetzes getroffene Verfügung kann Beschwerde beim Einigungsamt eingelegt werden.

Rundschau.

° **Eine neue deutsche Schiffahrtsnote an die Entente.** Die deutsche Regierung ist neuerdings wieder in einer Note an die Entente für die Belassung des für die deutsche Schiffahrt unbedingt nötigen Schiffsraums eingetreten. Die Note weist nach, daß die nach dem Ergebnis der Londoner Schiffahrtsverhandlungen Deutschland belassenen 100 000 Tonnen von den im Bau befindlichen Schiffen durchaus nicht ausreichen und hofft, daß die Wiedergutmachungskommission Deutschlands dringende Anträge berücksichtigen und eine für Deutschland günstige Lösung finden werde.

° **Wer geht nach Spaa?** Mit anderen Worten: Wer bildet die neue Reichsregierung? Das ist das große Problem, das uns die Wahlen gestellt haben, und um dessen Lösung sich jetzt Deutschlands führende Politiker die Köpfe zerbrechen. Die bisherige Koalition hat keine Mehrheit mehr hinter sich, man hat also jetzt die Möglichkeiten einer Erweiterung der Koalition nach rechts oder links, einer rein bürgerlichen und einer reinen Arbeiterregierung. Zur absoluten Mehrheit des Reichstags gehören 231 Stimmen, die alte Koalition hat aber nur 222, die bürgerlichen Parteien ausschließlich Demokraten 223, die sozialistischen Parteien 192 Stimmen. Eine wirklich tragfähige Mehrheit gäbe nur eine Koalition aller bürgerlichen Parteien (268) oder der Zutritt der Deutschen Volkspartei zur alten Koalition (283). Doch einmal wollen die Demokraten an einer Regierung nicht teilnehmen, in der die großen Arbeitermassen nicht vertreten sind, zum andern wollen aber die Sozialdemokraten, so sagten sie wenigstens bisher, niemals mit der Partei Stresemanns und Stinnes' sich zusammensetzen. Die Unabhängigen gehen auf keinen Fall mit Bürgerlichen zusammen, eine Erweiterung der Koalition nach links wäre also ausgeschlossen. Neuerdings taucht der Plan auf, ein Wirtschaftsministerium aus führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens ohne Rücksicht der Partei zu bilden, weil der wirtschaftliche Wiederaufbau des Vaterlandes heute das wichtigste sei; diesem Ministerium könnten dann einige wenige Parteiführer als politische Minister beigesellt werden. Diese Idee eines Kabinetts aus Vertretern der Gewerkschaften, der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft hat gewiß vieles für sich. Seit Mittwoch treffen die Abgeordneten der großen Parteien in Berlin ein und finden innerhalb der Parteien ununterbrochen Besprechungen statt, die die Lösung des überaus schwierigen Problems finden sollen.

° **Wichtig für Reisende nach Danzig.** Aus Danzig wird gemeldet: Wie die Passagiere des in Danzig eingetroffenen Lloyd-Dampfers „Grüß Gott" mitteilten, ist im Reiche das Gerücht verbreitet, daß man zu der Fahrt nach Danzig neuerdings das englische Visum benötigt. Die Ansicht ist natürlich grundfalsch. Wer den Wasserweg von Swinemünde nach Danzig-Zoppot benutzt, benötigt nur den gewöhnlichen Reisepaß und das deutsche Visum. Nur bei Eisenbahnfahrten durch den polnischen Korridor ist auch das polnische Visum erforderlich. Die Danziger Behörden machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eine Danziger Einreiseerlaubnis nicht beantragt zu werden braucht. Sie ist nicht nötig.

° **Die Wohnungsnot im Saargebiet.** Wie sehr die Wohnungsnot im Saargebiet, hauptsächlich in Saarbrücken, durch die Inanspruchnahme von Wohnungen durch französische Stellen gesteigert wird, zeigen die Ausführungen des Architekten Nobis, die dieser in der letzten Sitzung des Wirtschaftsrats der Versammlung gab. 24 000 Haushaltungen vor dem Kriege stehen heute in Saarbrücken 26 000 Haushaltungen gegenüber. Zu diesen 2000 überschießenden Haushaltungen hat die französische Bergwerksverwaltung 208 möblierte Zimmer, 33 Wohnungen und 9 nichtmöblierte Wohnungen in Besitz genommen. 30 ganze Wohnhäuser sind von ihr aufgekauft. 500 Wohnungen von 1—9 Zimmern werden durch die französischen Behörden in Anspruch genommen. Es sind dies im ganzen 1800 Wohnräume.

-:- **Eine Leichenkammer für Frankreichs Schwarze.** Wenn die Franzosen wirklich ihre schwarzen Regimenter den Polen zur Hilfe senden wollen, um die Bolschewisten zurückzutreiben, so werden die russischen Wälder und Sümpfe zu einer großen Leichenkammer für die Afrikaner werden. Das Klima ist für sie dort doch nicht zuträglich. Daß man in Frankreich selbst die Neger heute noch lieber als morgen los ist, ist bekannt. Aber die Rücksendung nach Afrika könnte im Handumdrehen dort blutige Unruhen hervorrufen.

-:- **Die Tschechen und Slowaken besinnen sich,** daß sie ohne Deutschland doch nicht zurecht kommen können. Sie lassen in Leipzig das Gebäude am Markt, in dem sich das bekannte Weinrestaurant „Aeckerleins Keller" befindet, zu einem tschecho-slowakischen Meßpalast umbauen, der schon 1921 eröffnet werden soll. Hoffentlich geht man in Prag auf diesem Wege der Einsicht weiter und macht auch den Deutschen in Böhmen das Leben erträglich.

-:- **Wieder eine Regierungskrise in Italien.** Die Lage des eben erst gebildeten italienischen Kabinetts ist überaus schwierig. Nur wenige Zeitungen glauben, es werde Nitti gelingen, dem Ansturm zu widerstehen, der schon für die nächsten Sitzungen erwartet wird. Die Sozialisten brachten eine Tagesordnung ein, mit der die Kammer sich weigert, die Regierungserklärungen überhaupt anzuhören, da die Regierung den Brotpreis ohne Genehmigung der Kammer habe erhöhen wollen. Die Regierung hat dieses Dekret zwar schleunigst zurückgezogen, die Sozialisten beharren aber auf ihrem Entschluß und werden noch vor Abgabe der Regierungserklärungen ein Votum über ihre Tagesordnung herbeiführen, dem sich zweifellos die ganze feindliche Rechte anschließen wird, während es zweifelhaft erscheint, ob die katholische Volkspartei durchweg der Regierung treu bleiben wird. Gleichzeitig erschwert die innere und äußere Lage die parlamentarische Lage sehr. — Die italienische Regierung hat durch die beabsichtigte Brotpreiserhöhung von 1 auf 1½ Lire das Kilo der ohnehin starken Opposition gegen das zum dritten Male neugebildete Kabinett Nitti eine Handhabe geliefert. Aus Mailand und aus der Provinz Bari werden bereits schwere Ausschreitungen mit zum Teil blutigen Folgen gemeldet.

-:- **Die Bolschewisten und Konstantinopel.** Daß die türkische Hauptstadt einmal russisch werden müsse, ist schon seit 200 Jahren Glaubenssatz bei den Moskowitern, und die Bolschewisten denken nicht anders. Seitdem sie sich in Kleinasien mit den türkischen Nationalisten verbunden haben, ist diese Hoffnung noch gewachsen, und wir werden nicht überrascht zu sein brauchen, wenn wir in absehbarer Zeit hören, daß mit den Mohammedanern auch die Russen gegen das von der Entente besetzte Stambul marschieren. Die bolschewistische Lehre macht mit ihren Phantasiegebilden überhaupt einen sehr starken Eindruck auf die Türken. In deren Augen sind die Europäer die Unterdrücker, die ihnen ihr Geld und Gut herausgeben müssen.

-:- **Wirtschaftskrise auch in Japan.** Politiken berichtet: Für die wirtschaftliche Krise Japans gibt es verschiedene Ursachen. Infolge der Shantungpolitik hat Japan seinen reichen Handel in China verlichtet. Die Chinesen halten ihren hartnäckigen Boykott gegen japanische Waren aufrecht und haben dadurch Japan bereits ungeheure Verluste zugefügt. Es scheint unmöglich, diese chinesische Mauer passiven Widerstandes zu brechen. Auch war Japan durch die Anspannung seiner Industrie gezwungen, enorm hohe Löhne zu zahlen. Jetzt, wo die Kriegsverdienste plötzlich aufgehört haben, sind durch die Herabminderung der Arbeit Teurung und soziale Krisen entstanden. Einer der Hauptgründe, der jetzigen Krise ist jedoch darin zu suchen, daß Japan im Begriffe steht, sich in ein großpolitisches Abenteuer zu verwickeln. Die Politik des Landes geht darauf aus, Sibirien bis zum Baikalsee zu erobern und man schielt auch sehnsüchtig nach der Mandschurei und der Mongolei. Diese Politik dürfte Japan noch mancher Erschütterung aussetzen.

-:- **Das deutsche Konsulat in Täbris gestürmt.** Aus Täbris wird gemeldet, daß das dortige deutsche Konsulat von Anhängern der persischen Demokratie am 4. Juni belagert wurde. Es wurde die Auslieferung verschiedener, dort verhaftet gehaltener persischer Bolschewisten verlangt. Der Konsul ließ aus einem Maschinengewehr auf die Menge schießen, worauf diese das Feuer erwiderte und in das Konsulat eindrang. Es stellte sich heraus, daß der Konsul inzwischen Selbstmord verübt hatte. Hierzu wird von der deutschen Gesandtschaft in Persien gemeldet: Die Ereignisse in Täbris treiben zur Katastrophe. Die Täbriser Regierung versucht, die ins deutsche Konsulat Geflüchteten mit Gewalt herauszuholen und will nicht nachgeben, weil in Persien jeder fremde Vertreter nach Landesbrauch und Herkommen bei seiner Ehre und seinem Ansehen zum Schutze von Asylflüchtigen unter Einsetzung seines Lebens verpflichtet ist. Der Kampf um das deutsche Konsulat in Täbris wird unter Anwendung von Bomben und Maschinengewehren mit Erbitterung geführt. — Ein von Konsul Wustrow in Teheran eingetroffenes Telegramm in französischer Sprache besagt, daß ein Appell an die Furcht in einem deutschen Herzen keinen Widerhall finde, der Weg zu den Flüchtlingen nur über seine Leiche führe, daß er nur Befehlen der deutschen Regierung gehorche, und schließt mit den Worten: „Ich empfehle meine Frau und meine Kinder der deutschen Regierung". — Vizekonsul Dr. v. Drufel ist noch nicht in Täbris eingetroffen, sondern anscheinend unterwegs zwischen Tiflis und Täbris. Die englischen Truppen in Täbris haben sich auf Kasvin zurückgezogen. Die englische Bank verlässt Täbris. In Teheran wird eine Kabinettskrisis erwartet.

* * *

-:- Holland. Im Haag fanden sozialistische Massendemonstrationen gegen das beabsichtigte Gesetz gegen revolutionäre Umtriebe statt. Es kam zu unblutigen Zusammenstößen mit der Polizei, die die Menge schließlich auseinandertrieb.

Allerlei aus aller Welt

= **Schneeflocken im Juni.** Das ungemütliche Wetter hat im Anfang der Wochen in Thüringen verschiedentlich Schneeflocken in die Straßen gesandt. Etwas ganz Ungewöhnliches ist das allerdings nicht. Um die Jahrhundertwende war eine Wette gemacht, daß von der Höhe des Thüringer Waldes eine Wagenladung Schnee zu Pfingsten (damals noch Mitte Juni) nach einem Wirtshaus in Coburg gebracht werden sollte, und die Wette wurde richtig gewonnen.

* **Schotterfteine für Edelfteine.** Auf dem Postamt Berlin-Halensee gab am 2. Juni eine Frau Dr. St. einen Wertbrief über 200 000 Mark auf, der an einen Dresdener Juwelier gerichtet war und Schmucksachen im Werte von weit über 200 000 Mark enthielt. Der Wertbrief ist jetzt auch dem Empfänger ausgehändigt worden, doch befanden sich darin statt der abgesandten Juwelen drei kleine Schotterfteine, wie sie an Bahndämmen zu finden sind. Von den acht Siegeln erwiesen sich fünf als beschädigt, nur drei waren unverehrt. Der Brief ist also zweifellos auf der Post erbrochen und beraubt worden. Die Kriminalpolizei geht einer bestimmten Spur nach, die bald Aufklärung bringen dürfte.

* **150 englische Flugzeuge verbrannt.** Bei einem Brande in einer Fliegerschule in der Nähe von Seaford (Lincolnshire) wurden nach einer Londoner Meldung etwa 150 Flugzeuge zerstört. Der Schaden beträgt eine Viertelmillion Pfund Sterling.

* **Zu den blutigen Zusammenstößen in Graz** wird näher gemeldet: Wegen der hohen Eier- und Kirschenpreise veranstalteten auf dem Markt in Graz etwa 2000 Frauen Kundgebungen, denen sich viele Männer anschlossen. Bei dem Tumult wurden sechs Personen leicht verletzt. Nachmittags kam es in der inneren Stadt und in der zum Hauptbahnhof führenden Annenstraße zu gehörigen Menschenansammlungen bedrohlichen Charakters. Es wurde daher die Räumung und Absperrung der inneren Stadt von Polizei, Gendarmerie und Volkswehr durchgeführt. An verschiedenen Stellen wurden Maschinengewehre aufgestellt. Zahlreiche Personen wurden wegen Widerstetzlichkeit verhaftet. Vorwiegend jugendliche Personen drangen in das Bioskoptheater in der Annenstraße ein und richteten dort schweren Schaden an. Die Polizei ging gegen die Exzedenten mit blanker Waffe vor. Hierbei wurde eine Person schwer und drei Personen leicht verletzt. Auf der Stadtbrücke und dem dicht dahinter liegenden Murerplatz versammelten sich einige tausend Menschen, die in die innere Stadt gelangen wollten, und gegen die die Stadtbrücke absperrende Polizei und gegen das Militäraufgebot eine drohende Haltung einnahmen. Gegen 7 Uhr abends mußte der Befehl zum Schießen gegeben werden, es gab 6 Tote und 15 Verwundet e. Die Demonstranten, welche noch bei Schießerei auseinandergestoben waren, sammelten sich wieder auf dem Murerplatz und an der Stadtbrücke an, die auch weiterhin abgesperrt blieb. Die organisierte Arbeiterschaft beteiligte sich an den Ansammlungen nicht.

= **Auf dem Trödelmarkt** hat Berlin, was nicht allgemein bekannt ist, vor dem Kriege einen großen Ruf als Lieferant alter Kleider gehabt. Von der Spree sind die „alten Sachen" bis nach Zentral- und Ostasien verkauft worden, nachdem sie etwas renoviert worden waren. An diesen billigen Kleiderruhm von Berlin hat die dortige Stadtverwaltung gedacht, als sie es unternahm, als den Anfang einer Kommunalisierung, die Arbeiter mit wohlfeilen Kleidungsstücken zu versorgen. Aber es hat sich auch sofort das Elend der Kommunalisierung gezeigt, das aller Geschäftstätigkeit anhaftet, die von Nichtfachmännern ausgeführt wird: Die Elle wird länger als der Kram, diese städtische Kleiderlieferung ist kostspieliger, als die private. Das wird die Kommunalisierungsschwärmereien wohl etwas dämpfen.

Gerichtliches.

⊙ **Freigesprochener Goldaufkäufer.** Wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 10 der Bundesratsverordnung vom 8. Februar 1917 war der Kaufmann Joseph Nathan Rothschild in Hanau zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die bei ihm beschlagnahmten Goldmünzen mit Ausnahme von 63 belgischen 20-Francsstücken wurden eingezogen. In der Berufungsverhandlung machte der Angeklagte geltend, zur fraglichen Zeit habe in den Bank- und Börsenkreisen die Meinung bestanden, daß der Handel mit Goldmünzen erlaubt sei. Außerdem habe er sich nach einer Auskunft der Handelskammer Hanau gerichtet. Die Strafkammer erkannte auf Freisprechung. Der Angeklagte konnte, wie das Urteil besagt, glauben, daß die Verordnung nicht mehr anwendbar sei. Das Gericht hob auch die Beschlagnahme der Goldmünzen auf. — Ob dieses Urteil allgemeine Zustimmung finden wird?

Die von Frau Professor Weber und Herrn Apotheker Sakriß veranstaltete Wohltätigkeitsvorstellung hat unserem Verein den schönen Reinertrag von 1376,45 M. gebracht, wofür wir hiermit unseren herzlichen und ergebensten Dank aussprechen. Nicht nur danken wir den unermüdlichen Veranstaltern, sondern Allen, die sich der so überaus wohlgelungenen Einübung der einzelnen Nummern des vielseitigen Programms und deren Darbietung freundlich und hilfsbereit unterzogen haben.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins
Marie Palfner geb. von Scheliha.

Vom Herrn Justizminister bin ich zum Vertreter des erkrankten Justizrats Dr. Dinter in allen Geschäften als

Notar und Rechtsanwalt

bestellt. **Büro- u. persönliche Sprechstunden vom 15. Juni werktäglich von 8—12 Uhr vormittag von 2—5 Uhr nachmittag.**

Landeck, im Juni 1920.

Müller, Rechtsanwalt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über Heraufsetzung des Grundlohnes pp. vom 30. April 1920 — R.G.Bl. S. 769 — hat der Kassenvorstand in seiner letzten Sitzung vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörden folgende Lohnklassen, Grundlöhne und Beiträge festgesetzt:

Tagesverdienst von .M	bis einschl. .M	Klasse	Grundlohn .M	Wochenbeitrag .M	Krankenv. u. Wochengeld pro Tag .M	Sterbegeld .M
—,—	2,24	II	1,60	0,66	0,90	18,—
2,25	2,99	III	2,40	0,87	1,20	24,—
3,00	3,74	IV	3,30	1,20	1,65	33,—
3,75	4,49	V	3,90	1,41	1,95	39,—
4,50	5,49	VI	4,80	1,74	2,40	48,—
5,50	6,49	VII	6,—	2,16	3,—	60,—
6,50	7,49	VIII	7,—	2,52	3,50	70,—
7,50	8,49	IX	8,—	2,88	4,—	80,—
8,50	9,49	X	9,—	3,24	4,50	90,—
9,50	10,49	XI	10,—	3,60	5,—	100,—
10,50	12,—	XII	12,—	4,32	6,—	120,—
über 12,—	15,—	XIII	15,—	5,40	7,50	150,—
„ 15,—	18,—	XIV	18,—	6,48	9,—	180,—
„ 18,—	21,—	XV	21,—	7,56	10,50	210,—
„ 21,—	und mehr	XVI	24,—	8,64	12,—	240,—

Die Herren Arbeitgeber werden hierdurch aufgefordert, diejenigen Angestellten und Arbeiter pp., die einen Arbeitsverdienst von mehr als 10 Mk. pro Tag haben, zwecks Einreihung in die höheren Lohnklassen bedürfen, mitteilen zu wollen.

Die Unterlassung der Lohnveränderungsanzeigen ist nach § 4 der obigen Verordnung unter Strafe gestellt.

Die Lohnklasse I ist aufgehoben worden, die höheren Lohnklassen gelten vom 31. Mai cr. ab.

Wir ersuchen die Herren Arbeitgeber, diese Bekanntmachung auszuschneiden und aufzubewahren.

Landeck, den 15. Juni 1920.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Landeck i. Schl.

Erstklassiger, systematischer Unterricht in allen modernen Tänzen

(One-step, Two-step, Figurenboston, Fox trot, Tango, Rag, moderne Figurenwalzer, sowie sämtliche alte Tänze).

Einzel- oder Kursus-Unterricht

An jedem Montag beginnt ein moderner Anfängerkursus mit folgendem Lehrplan:

One-step, Figurenwalzer, Boston u. Fox-trot.

Er umfaßt 10 Lehrstunden und findet von Montag bis inkl. Freitag **täglich im Speisesaal des Hotel Deutsches Haus** statt, wo auch der Einzelunterricht zu jeder Tageszeit erteilt wird.

Der Unterricht vermittelt den korrekten, eleganten Salontanz und wird erteilt von Herrn

Solotänzer u. Balletmeister Willi Markise,
Frankfurt a. M., z. Z. Bad Landeck, Hotel Deutsches Haus.

Anmeldungen werden täglich 10—11 u. 4—5 entgegengenommen.

Hotel Blauer Hirsch, Stadt Landeck Ring
Donnerstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr

Reunion!

Spiegelglattes Parkett.
Tischbestellungen, auch telephonisch № 3, werden vorgemerkt.

Deutsche Volkspartei Ortsgruppe Landeck-Seitenberg.
Dienstag, den 15. Juni, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Hotel „Blauer Hirsch".

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Nicht Märchenreklame

sondern nur die

Qualität und der Preis

machen es.

Mein Geschäftsprinzip ist
Großer Umsatz kleiner Nutzen
daher der **riesige Erfolg!**

Empfehle nach wie vor:

1 Pfund	frisch gebr. Kaffee	Mk. 24.00
„	feinsten Cacao	„ 18.00
„	erstklassigen Tee	„ 24.00

Franz Scholz, Glatzerstr. 22.

An die Wähler der Deutschen Volkspartei in Stadt und Land!

Der Wahlkampf ist vorüber. Der 6. Juni hat der **Deutschen Volkspartei** in Mittelschlesien einen **großen Sieg** gebracht. Die Partei spricht allen Wählern, die für sie gestimmt haben, für das ihr dadurch bekundete Vertrauen ihren wärmsten Dank aus.

Ein vaterländisches Bollwerk ist errichtet!

Dem Deutschen Bürgertum in Stadt und Land ist jetzt die Möglichkeit gegeben, sich im Parlament durchzusetzen, aber die Führerschaft ist ihm noch nicht erkämpft worden. Die

Sammlung aller vaterländisch gesinnten Volksgenossen,

gleich welchen Standes und Berufes, in der großen **Mittelpartei** ist vorläufig nur zum Teil gelungen.

Weiterarbeit an diesem Ziele und

feste Organisation der Partei

ist unbedingt notwendig. Darum ist die praktische Forderung des Tages:

Sofortiger Eintritt der Wähler als Mitglieder in die Organisation der Deutschen Volkspartei.

Alle, die Ihr auf dem Boden der Deutschen Volkspartei steht und ihre Ziele und Bestrebungen billigt,

schließt Euch den vorhandenen Ortsgruppen an! Gründet überall neue Ortsgruppen wo noch keine vorhanden sind.

Ueberall wo die Wählerschaft sich in der Partei-Organisation organisiert hat, sollen Neuwahlen zum Vorstand etc. stattfinden.

Beitrittserklärungen nehmen alle Ortsgruppen an.

Deutsche Volkspartei
Wahlkreisverband Mittelschlesien
Geschäftsstelle: **Breslau,** Albrechtstr. 16 III.

Haus Hohenzollern.

Jeden Dienstag und Freitag
Vier-Uhr-Tee mit Tanz.

Es ladet freundlichst ein

A. Feuerer.

Doppelbiberschwänze und Firstziegel (rot)

gibt ab

Basaltschotterwerk Niederthalheim.

N.B. Größere Aufträge werden der Reihe nach erledigt, kleine Mengen für Reparaturen sind prompt zu haben.

Bad Landeck Luisensaal.

Dienstag, 22. Juni, Abends 8 Uhr

Lieder-, Duetten- und Opernabend

Karl u. Martha **Mirus** Tenor Sopran (Koloratur)

Am Klavier: **Herbert Reichert.**

Schumann, Brahms, Liszt, H. Wolf, Marx, Taubert, Aida, Lohengrin, Freischütz, Martha, Carmen.

Karten 5, 4, 3 Mark, Buchhandlung Olesch.

Bürgerverein.

Versammlung
Mittwoch, den 16. Juni abends 8 Uhr
im **Hotel Blauer Hirsch**
(Zimmer neben dem Saal)

Tagesordnung:
1. Protesterhebung gegen die hohen Fleischpreise im Kreise Habelschwerdt gegen die niedrigen des Kreises Glatz.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Bund der Klein- und mittleren Rentner Deutschlands.

Versammlung
Mittwoch, 16 Juni abends 8 Uhr
in der **Brauerei.**
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
F. Straube, Zimmermstr.

Turn-Verein Landeck.
Sonntag, den 20. Juni

Ausflug

mit Angehörigen nach Altgersdorf. Leikers Gasthof. Abmarsch nachm. 2 Uhr Brauerei. **Der Vorstand.**

Dtsch. Demokr. Partei
Ortsgruppe Landeck

Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 15. Juni abends 8 Uhr
im **Hotel Merkur.**

Auswärtige Parteifreunde werden hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

1000 Fahrradmäntel
Friedensqualität Stck. 110—120
Gebirgsreifen Stck. 185 M.
Neue Schläuche
Stck. 33, 37 und 40 M.
Regenhardt,
Berlin-Lichtenberg 72,
Siegfriedstr. 9.

Lebende Kähner, Kähne, Kähnchen und Tauben
kauft und zahlt die **besten Preise**
Juliusberger, Villa Victoria.

Suche Weisskäse
zu kaufen.
Müller, Teehausconditorei.

Bedachungsarbeiten
mit u. ohne Materiallieferung übernimmt
Ludwig Schramm,
Bedachungsgeschäft
Glatz. Telefon 595.

Hotel Deutsches Haus
Speisesaal.
Dienstag, den 15. Juni

Gesellschaftsabend mit Tanz

Beginn 8 Uhr.
M. Schmidt.

Versteigerung!

Donnerstag, 17. Juni
vormittag von 10 Uhr ab versteigere ich gegen Barzahlung im **Hotel „goldenes Kreuz"**
Möbel, Betten, Spiegel, Haus- und Küchengerät, Glas u. Porzellan, Läufer, Kleidung u. v. a.

Max Klapper,
Auktionator.

Von **Donnerstag** d. W. ab ist die

Fischhalle

im Emanatorium wieder geöffnet
und bitte um gütigen Zuspruch.
Achtungsvoll
Josef Stenzel.

Von Mittwoch, den 16. Juni ab findet der

Kohlen-Verkauf

auf meinem Kohlenplatz hinter der Post statt. Die Monats-Kohlenkarten sind mitzubringen

J. Sterz, Kohlengeschäft.

Frische Seefische

ab Donnerstag u. folgende Tage
empfiehlt billigst
Hermann Stenzel,
neben der Turnhalle.

Junger Lehrer

sucht Stellung als Erzieher, Gesellschafter, Vorleser
oder ähnliches für kürzere oder längere Dauer. Adresse zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Küchenmädchen

für sofortigen Antritt gesucht evtl. **auch eine Frau (Witwe)**
Offerten zu richten an
Frau Nataly Heller,
Villa Lucia I. Stck.

Zuverlässige

Frau oder Mädchen

zu größerem Knaben gesucht für Anfang Juli auf 4 Wochen.
Meldungen an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Mädchen oder Frau

für einige Stunden des Tages gesucht.
Zu melden **Conditorei im Städt. Emanatorium.**

Tücht. Herrenfriseur und Friseuse

findet Stellung bei
A. Engler,
Bad Landeck, Georgenbad.

Briefmarken
an Anfänger und mittlere Sammler versendet zur Auswahl ohne Kaufzw.
Paul Collmann, Hamburg 26.
Auch Ankauf von Einzelmarken und Sammlungen.

Arzneimittellehren
homöopathisch-physiologische verkauft
Schlepitzky, Bürgerhospital.

Arbeiter

für meine Holzschleife gesucht.
Stadtmühle.

Die sofortige Abfuhr von 200 Rm. Fichtenschleifholz nach Bahnhof Landeck ist zu vergeben.
Gefl. Anfragen erbeten an:
Heinrich Bense, Holzgroßhandlung,
Seitenberg (Grafschaft Glatz.

Für die Redaktion nach dem Preßgesetz verantwortlich A. Urner in Landeck, Druck und Verlag von A. Urner in Landeck. (Hierzu 8 Beilagen.)

Bekanntmachung.

Betr. die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Bei der Bearbeitung der Steuererklärungen vom Vermögenszuwachs fällt es auf, daß eine Anzahl von Steuerpflichtigen den Abzug für den 3 monatigen Hausbedarf so hoch bemessen haben, wie er nach den Verhältnissen des Betreffenden unmöglich betragen haben kann. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß bei diesem Abzug nur der Privatverbrauch in Frage kommt, nicht aber der Bedarf für landwirtschaftliche, gewerbliche oder sonstige Zwecke, welche sich nicht als laufende Ausgaben für den eigenen Privathaushalt darstellen. Uebrigens ist ein derartiger Abzug überhaupt nur zulässig, wenn und soweit der Steuerpflichtige tatsächlich vom 1. Juli bis 30. September 1919 von den in der Steuererklärung enthaltenen Barbeträgen oder Guthaben gelebt hat. Ist der Agene Unterhalt aus dem nach dem 30. Juni Erworbenen, welches also in der Steuererklärung nicht angegeben war, bestritten, so ist ein Abzug überhaupt nicht zulässig.

Die Steuerpflichtigen, welche gegen diese Vorschriften verstoßen haben, werden zur Vermeidung von Weiterungen ersucht, ihre Steuererklärungen schleunigst zu berichtigen.

Die Gemeindevorstände wollen für möglichst weite Verbreitung dieser Bekanntmachung sorgen.

Glatz, den 5. Juni 1920.

Finanzamt. gez. Regierungsrat Bossfeldt.

Vorstehendes wird hiermit veröffentlicht.

Landeck, den 12. Juni 1920.

Der Magistrat. Dr. Jeglinsky.

Bekanntmachung.

Auf die nächstfolgende Lebensmittelmarke gelangt am Montag, den 21. 6. 20 **Syrup** zur Ausgabe.

Anmeldung bei den Kaufleuten bis Sonntag, den 20. d. Mts. Abgabe der Marken an uns bis spätestens Montag, den 21. 6. morgens 9 Uhr. Preis für 1 Pfund Syrup 4 M.

Landeck, den 14. Juni 1920.

Der Versorgungsausschuß. Dr. Jeglinsky.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 17. Juni findet in der kath. Schule (Kellergeschoß) in der Zeit von 1—7 Uhr nachmittags **Kartoffelverkauf** durch Herrn Gemüsehändler Winzek statt. Beliefert werden die Marken vom 2. 6.—15. 6. 20 und vom 16. 6.—29. 6. 20 mit je 10 Pfd. à 25 Pf.

Landeck, den 11. Juni 1920.

Der Versorgungsausschuß. Dr. Jeglinsky.

Bekanntmachung.

Verordnung über Richtpreise für Kirschen.

Auf Grund der §§ 12 und 15 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R.G.Bl. S. 607) mit den Aenderungen vom 4. November 1915 (R.G.Bl. S. 728) und vom 5. Juni 1916 (R.G.Bl. S. 489) bestimme ich hiermit als Richtpreise für Kirschen durch den Erzeuger einschl. der Kirschenpächter frei Verladestelle der Versandstation:

a) für süße harte Kirschen 70 Pf. je Pfd.
b) für große harte Kirschen 85 Pf. je Pfd.

Wer diese Richtpreise überschreitet oder wer bei der Verpachtung von Kirschbäumen zur Abernntung Preise fordert oder anbietet, welche eine Innehaltung der vorgenannten Kirschenverkaufspreise unmöglich machen, falls der Obstpächter nicht Verluste erleiden soll, setzt sich der Gefahr einer Bestrafung nach der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R.G.Bl. S. 395) aus.

Breslau, den 12. Mai 1920.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien.
J. V. gez. Bartels.

Wird veröffentlicht.

Habelschwerdt, den 27. Mai 1920.

Wird veröffentlicht.

Landeck, den 9. Juni 1920.

Die Polizei-Verwaltung. Dr. Jeglinsky.

Bekanntmachung.

1. Von Montag, den 14. Juni 1920 ab sind **Georgenbad Marienbad** und **Steinbad** an den Wochentagen von 6—12 Uhr, das Georgenbad außerdem an den Sonnabenden nachmittags von 3—6 Uhr geöffnet. Die Bassins des Georgen- und Marienbades sind täglich also auch Sonntags von 6—12 Uhr geöffnet. Es haben:

1. Im Bassin des Georgenbades	2. Im Bassin des Marienbades
Herren von 6—7½ Uhr	Damen von 6—7½ Uhr
Damen „ 7½—9 „	Herren „ 7½—9 „
Herren „ 9—10½ „	Damen „ 9—10½ „
Damen „ 10½—12 „	Herren „ 10½—12 „
Sonnabend Nachmittag	Sonnabend Nachmittag
Damen „ 3—4½ „	Herren „ 3—4½ „
Herren „ 4½—6 „	Damen „ 4½—6 „

Verkauf der letzten Badekarten um 12 Uhr bezw. 6 Uhr.

2. Im Emanatorium finden vom 14. Juni Sitzungen von 7½—9½, 10—12 und 2½—4½ Uhr statt.

3. Die Brausebäder sind von 7—10 Uhr vormittags und 4—6 Uhr nachmittags geöffnet.

Landeck, den 7. Juni 1920.

Die städtische Badeverwaltung. Dr. Jeglinsky.

Neue Erhöhung der Fleischpreise.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. August 1914 (R.G.Bl. S. 3389) betreffend Höchstpreise und der dazu ergangenen Abänderungs-Ausführungsbestimmungen wird für den Kreis Habelschwerdt unter entsprechender Kenderung der Anordnungen vom 26. Juni, 4. August und 13. Oktober 1919, sowie vom 28. Mai 1920 (Kreisblatt 1919 S. 233, 280 und 368, sowie Kreisbl. 1920 S. 166) folgendes angeordnet:

Art. 1. Die Preise bei Abgabe an die Verbraucher werden für Fleisch- und Wurstwaren auf nachstehende Höhe festgesetzt:

Rind			
Fleisch mit Knochen	je Pfd.	10,00	M.
Fleisch ohne Knochen	„ „	10,50	„
Zunge — — —	„ „	11,00	„
Gehirn oder Euter —	„ „	4,75	„
Ochsenschwanz — —	„ „	6,00	„
Kalb			
Fleisch — — —	„ „	9,50	„
Keule oder Rücken —	„ „	10,00	„
Gelinge — — —	„ „	4,75	„
Wurst			
Knoblauchwurst —	„ „	9,00	„
Leber- oder Preßwurst	„ „	7,50	„
Schwarzwurst — —	„ „	3,00	„

Art. 2. Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Anordnung vom 26. Juni 1919 (Kreisblatt 1919 S. 233) unberührt.

Art. 3. Diese Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Knoblauchwurst wird jedoch diese Woche noch zum Preise von 3,75 M. je Pfund markenfrei abgegeben.

Habelschwerdt, den 10. Juni 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Habelschwerdt. von Saldern.

Vorstehende Anordnung ist infolge der Steigerung der Viehpreise um durchschnittlich über 200 vom Hundert also auf das Dreifache nötig geworden. Betreffend die Höchstpreise für **Schweine-** und **Hammelfleisch** ergeht noch besondere Anordnung.

Habelschwerdt, den 10. Juni 1920.

von Saldern.

Veröffentlicht.

Landeck, den 12. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung. Dr Jeglinsky.

Bekanntmachung.

Dem Versorgungs-Bezirk sind wiederum **35 Stck. Feinseife** überwiesen worden, welche vornehmlich an Augenverletzte und Amputierte abgegeben werden soll. Das Stück kostet 3,75 Mark und ist im Rathaus Zimmer Nr. 9 erhältlich.

Landeck, den 14. Juni 1920.

Der Versorgungs-Ausschuß. Dr. Jeglinsky.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß sich die bei der Uebung am 14. d. Mts. fehlenden Pflichtfeuerwehrleute bis 18. d. Mts. unter genauer Angabe der Hinderungsgründe schriftlich beim Magistrat zu entschuldigen haben, andernfalls Bestrafung erfolgt.

Landeck, den 15. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung. Dr. Jeglinsky.

Bekanntmachung.

Als gefunden wurde ein Stubentürschlüssel abgegeben.

Landeck, den 14. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung. Dr. Jeglinsky.

Bekanntmachung.

Betrifft: Schornsteinfegerkehrlohntaxe.

Gemäß § 77 der R. G. O. wird auf Anordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten der nachstehende Nachtrag zur Gebührenordnung vom 11. November 1919 für die Bezirksschornsteinfeger vorbehaltlich des jederzeitigen Widerrufs erlassen:

Die Bezirksschornsteinfegermeister sind berechtigt, zu den durch die Gebührenordnung vom 11. November 1919 — Kreisblatt 1919 S. 390 — vorgeschriebenen Sätzen vom 1. April 1920 ab noch einen Teuerungszuschlag von 100 % zu fordern.

Habelschwerdt, den 9. Juni 1920.

Der Landrat. von Saldern.

Wird veröffentlicht.

Landeck, den 14. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung. Dr. Jeglinsky.

Unsere verehrl. Post-Abonnenten

bitten wir in diesen Tagen das Abonnement auf das „Landecker Stadtblatt" (Amtliches Organ) für das 3. Quartal 1920 zu erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. **Bestellungen werden von den Briefträgern und sämtlichen Postanstalten entgegengenommen.**

Sämtliche Artikel
zur Bestellung von Feld u. Garten, wie:
Spaten, Rechen, Jätegeräte, Gras- und Getreidesensen. Sicheln, Dengelzeuge, Gießkannen. Wetzsteine.
Prima Sägen und Äxte.
Original-Weck-Einkochapparate u. -Gläser.
Sämtliche Haus- u. Küchengeräte
empfiehlt
Arthur Sindermann,
Eisenhandlung,
Ring u. neues Georgenbad.
Telefon 6 u. 6a.

Bahnhof Landeck **Oswald Beier** Bahnhof Landeck
Fernspr. 65. Fernspr. 65.
Vertreter des Deutsch-Oesterr. Möbel-Transport-Verbandes
Spedition und Lagerei
Möbel-Transport — Kohle
Uebernahme von Stadt- und Fern-Umzügen, (Zimmer zu Zimmer) mittelst Patentmöbelwagen ohne Umladung.
Fachkundige Leitung — Zuverlässige Bedienung
Auskünfte, Kostenanschläge ohne Verbindlichkeit,
An-, Abfuhr und Verteilung von Wagenladungen, eigene Brückenwage (10 000 kg Tragfähigkeit)
Beförderung von Stück- und Eilgütern.

Großes Lager in
Schulbüchern, Jugendschriften, Unterhaltungslektüre,
Musikalien für Klavier Violine, Orgel und Gesang; **Saiten,**
Schreibwaren, Büroartikel,
Papiersorten,
Künstler-u. Ansichtskarten, Formularen.
Leihbibliothek. Antiquariat. Lesezirkel.
Emilie Raupach
Hohenzollernstr. 20.

Trauerbriefe
und -Karten
in grösster Auswahl
fertigt in kürzester Zeit
A. Urners Buchdruckerei.
Landecker Stadtblatt.

A. Tschimmel & Sohn
Inhaber: **Viktor Tilling**
Telephon 9 Landeck i. Schl. Telephon 9
Bahnspeditions- u. Möbeltransportgeschäft
Holz- und Kohlen-Handlung
Reisebüro
Entgegennahme aller Bahntransporte, wie Stück- Eil- und Expressgüter, sowie Sammelladungen.
Umzüge in geschlossenen Möbelwagen.
Stadtumzüge zu kulanten Bedingungen.
Bestgeschultes Packerpersonal.
Grosser, moderner, eigener Möbelwagenpark.
Lagerung jeglicher Güter. Aufträge im Fuhrwesen.
Vertreterbesuche für Umzüge kostenlos.
Beratung bei Uebersiedelungen und für Auswanderer.
Reiseversicherung und Versicherung sämtlicher Transporte auf Antrag.

Lesen Sie
wenn Sie eingehend über alle Vorgänge in Politik und Wirtschaft unterrichtet sein wollen und auf gute Unterhaltung Wert legen, die
Berliner Abendpost.
Täglich erscheinend. Mit den Beilagen Zeitbilder, Deutsches Heim, Kinderheim (alle drei reich illustriert) und Gerichtssaal nur
4.00 Mk. monatlich.
Bestellungen bei der Post und den Briefträgern.
Probenummern vom Verlag: Berlin SW. 68

Eine billige Zeitung aus Berlin
mit den wertvollen Beiblättern „Illustrierte Familien-Zeitung", „Illustrierte Moden-Zeitung", „Illustrierte Kinder-Zeitung" u. „Tägliches Unterhaltungsblatt" sowie vielen belehrenden und unterhaltenden Abteilungen **für M. 3,00 monatlich**
ist die „Berliner Morgen-Zeitung"
Jedermann in den Provinzstädten und auf dem Lande sollte dieses vorzügl. Blatt neben seinem Lokalblatt lesen.
Hier abtrennen, dann ausfüllen und der Post oder dem Briefträger übergeben.
Post-Bestellschein.
Für nachbenannte Bezugszeit bestellt
Herr — Frau .....

Exemplare	Benennung der Zeitungen usw.	Bezugszeit	Betrag Mark	Pf.	Bestellgeld Mark	Pf.
1	Berliner Morgen-Zeitung mit allen Gratisbeilagen	III. Quartal 1920	9	00	—	90
		Juli 1920	3	00	—	30

Quittung.
Obige ..... Mk. ..... Pf. sind heute richtig bezahlt
..... 1920.
Post-Annahme.

Für die Redaktion nach dem Preßgesetz verantwortlich: A. Urner in Landeck, Druck und Verlag von A. Urner in Landeck.

Wahlkreis Mittelschlesien

Wahlmitteilungen der Deutschen Volkspartei.

Nr. 6 | Breslau, den 1. Juni 1920 | Nr. 6

Die Frauen und die Politik.

Während uns ein Sommer mit fast unerhörter Blütenfülle überschüttet, der uns aufatmen lassen könnte in Hoffnung auf eine Segenernte, toben im Innern unseres Volkes Stürme eines politischen Kampfes, wie wir Lebenden ihn so zerrüttend noch niemals kannten.

Niemand leidet darunter schwerer als die Frauen. Zu den wirtschaftlichen Nöten, die ihnen als den Versorgerinnen des Hauses die Zeit drückender als den Männern auferlegt, kommt die **Unruhe um ihr gefährdetes Hab und Gut, die Angst um die Zukunft ihrer Kinder.** Ein gesundes Gefühl sagt den Frauen, daß ohne Fleiß und ohne Ordnung eine Besserung der Verhältnisse nicht kommen kann. Mütter wissen, daß nur Verträglichkeit in der Familie ein Zusammenleben möglich macht. Ein natürliches Frauenempfinden lehnt sich auf gegen das wahnsinnige Verhetzen, das die Brüder eines Volkes als Feinde gegeneinander jagt. **Wir müssen wieder zueinander finden!** Die Deutsche Volkspartei ruft zur

Versöhnung

auf. Sie will nicht die alten Zustände zurückführen, in denen es manche Bedrückung gab, aber sie will Ruhe und Ordnung schaffen, ohne die ein Volk nicht leben kann. Frauen, wenn Ihr dem ehrlichen Wollen der Deutschen Volkspartei Eure Hilfe gebt, könnt Ihr Eurem armen, zerrissenen Lande die Erlösung bringen! **Wir wollen uns nicht belügen. Unsere Not ist groß.** Kein Versprechen kann uns hochbringen, wir müssen selber um unsere Zukunft ringen.

Hand in Hand! Arbeiter und Bürger!

Nur Einigkeit kann uns retten. Man wirbt um Eure Seelen. Frauen, Ihr wißt, wenn böser Streit zwei Menschen auseinanderreiß, daß einer rechts und der andere links am Wegrand geht, muß man sie versöhnend zur Mitte führen. Die **Deutsche Volkspartei will der Boden für die Einigung sein.**

In der Zerrissenheit gehen wir unter.

Frauen helft, daß wir einig und damit stark werden!

Eine machtvolle Kundgebung.

Kardorff in Breslau.

Einen geradezu überwältigenden Eindruck hinterließ bei den Teilnehmern die Versammlung, welche die Deutsche Volkspartei am 29. Mai im großen Saale des Breslauer Konzerthauses veranstaltet hatte. Weit über 2000 Frauen und Männer waren erschienen und folgten mit gespanntester Aufmerksamkeit den Ausführungen des Herrn v. Kardorff, der in glänzender Rede das Parteiprogramm entwickelte und mit den Gegnern abrechnete. Pöbelhafte Zwischenrufe weniger radaulustiger unreifer Burschen hatten nur den Erfolg, daß die Anwesenden Herrn v. Kardorff tosenden Beifall spendeten, und wenn auch noch Schluß der Kardorffschen Rede die erwähnten Radaubrüder das Podium stürmten und eine sachliche Diskussion unmöglich machten; die Wirkung des Referats wird eine nachhaltende sein!

Deutschlands Schicksalstag, so erklärte Kardorff eingangs seiner Ausführungen, sei der 6. Juni. An diesem Tage werde es sich entscheiden, ob unser Vaterland völlig in den Abgrund stürze oder ob es gesunden wolle. Wer zeige nun dem deutschen Volke die Wege die aus dem Sumpfe herausführen? Die Deutsche Volkspartei, die Partei des Wiederaufbaues, die Partei, in der sich Bürgertum und nationale Arbeiterschaft vereinigt hatten, um durch tatkräftige Zusammenarbeit dem jetzigen Elend ein Ende zu machen! Der Ruf zur Sammlung sei ergangen, diesem Rufe müßten alle die folgen, welche die bestehenden politischen Gegensätze nicht katastrophal verschärfen wollen. Der Geist des „Berliner Tageblattes" müsse vom deutschen Volke weichen; der Schieber- und Wucherwirtschaft muß endlich ein Ende gemacht werden. Den bürgerlichen Parteien hafte zwar der Fluch der Vergangenheit an; aber auch die radikale Arbeiterbewegung habe ihre Aufgaben verkannt, da sie sich an die Rockschöße der Internationale gehängt hätte.

Hätte der 9. November den Umsturz nicht gebracht, dann wären auch der Waffenstillstand und der Friede anders ausgefallen. Nun lägen wir zusammengebrochen am Boden; an einen Wiederaufbau könne aber nicht gedacht werden, wenn nicht der Gedanke der Versöhnung die noch feindlich gegenüberstehenden Volksgruppen durchdringe. Die Deutsche Volkspartei wolle positiv zu Nutz und Frommen des Vaterlandes mitarbeiten und lehne den Eintritt in eine Koalitionsregierung nicht ab. Dieser sei aber bedingt von Umständen, welche die Partei allein nicht meistern könne. Jedenfalls sei die Forderung, Fachminister zur Leitung einiger Aemter zu berufen, eine Bedingung sine qua non.

Gefordert müsse weiter werden eine Entmilitarisierung des Beamtentums. Der Beamte müsse frei und ungezwungen seiner politischen Ueberzeugung Ausdruck geben dürfen; er müsse wieder Diener des Staates werden. Jetzt sei er

Diener der Parteikrippe.

In der inneren Politik müßten Reinlichkeit, Sachlichkeit und Sparsamkeit wieder zu ihrem Rechte kommen,

die Außenpolitik

müßte geschützt werden durch Würde, Festigkeit und Einigkeit. Was man mit Einigkeit erreichen könne, das habe man in der Auslieferungsfrage gesehen. Nur der Geschlossenheit des gesamten deutschen Volkes sei es zu danken, daß uns diese größte Schmach bisher erspart geblieben ist.

Der Wahlkampf sei ein sehr schwerer; und besonders sei es der Kapp-Putsch, aus dem die unehrlichen Gegner Kapital zu schlagen versuchen. Man solle doch endlich mit dieser geistlosen Ausbeute aufhören; denn jeder halbwegs politisch Geschulte wisse oder müßte wissen, daß die rechtsstehenden Parteien mit Kapp und Genossen nichts zu tun hatten. Die Regierung sei lange vor dem Putsch darauf aufmerksam gemacht worden, daß ihr Verhalten besonders auch in der Wahlfrage tiefgehende Unzufriedenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung ausgelöst habe. Die Regierung sei gewarnt gewesen, sie habe aber nicht hören wollen. Die ganze Kapplade wäre ein unverzeihlicher Dummenjungenstreich gewesen und auch

---

Die Frauen

stehen der Natur näher als der Mann. Durch ihre Mütterlichkeit sind sie ewigen Gesetzen unlösbar unterstellt, durch ihre heiligen Aufgaben des Pflegens und Behütens ersehnen sie Ruhe und Ordnung in ihrem Lebenskreis.

Milka Feitsch.

Deutsche Frau!

Beherzige diese Worte!

Wähle! Wähle! Wähle!

Bei dem heutigen Wahlverfahren geht keine Stimme verloren! Willst Du, daß Ruhe und Ordnung und staatliche Autorität wiederkehren, dann gib **am 6. Juni** Deine Stimme der

Deutschen Volkspartei!

Liste

Rheinbaben—Becker—Schneider

als jeder zu bemerken. Die Deutsche Volkspartei lehnt die Arbeit Heines, Luttwitz usw. entschieden ab. Schiffer habe auch Verdienste, aber nicht die Konsequenzen gezogen. Die Generalstreikparole sei ein Verbrechen am deutschen Volke gewesen; und in geradezu würdeloser Weise sei die Regierung, deren Stätten zuerst Berlin in fluchtartiger Eile verlassen hätten, durch das kommunistische Joch der Gewerkschaften gegangen. Die ideenlose Revolution, die geradezu eine Lohnbewegung geworden sei, habe eine allgemeine Verarmung zur Folge gehabt, und diese Verarmung treffe auch die Arbeiter. Der Import müsse beschränkt, besser aber mehr gearbeitet werden. Vor allem müsse auch

die Landwirtschaft

wieder leistungsfähig gemacht werden, die Regierung habe für Bereitstellung ausreichender Futtermittel zu sorgen. Beeinflußt werde das Wirtschaftsleben in erster Linie von der Steuerpolitik. Selbstverständlich muß das Kapital entsprechende Opfer tragen; man dürfe aber nicht soweit gehen, jede Kapitalsbildung durch unsinnige Steuergesetze zu unterbinden!

Das Bürgertum,

das bisher geschlafen habe, müsse nun endlich aufwachen! Privateigentum sei das Fundament jeder staatlichen Gemeinschaft; möge der Bürger bedenken, daß eine sozialistische Reichstagsmehrheit gleichbedeutend mit Sozialisierung und Kommunalisierung der Betriebe sei! — Nicht reibsche Sozialisierung tue uns not, sondern Arbeits- und Werksgemeinschaft. Arbeit und Kapital gehören zusammen.

Herr v. Kardorff unterstrich sodann die Forderung der Deutschen Volkspartei, den deutschen Einheitsstaat zu erhalten. Wer aber ein einiges Deutschland erstrebe, der dürfe nicht darauf ausgehen, Preußen zu zertrümmern. — Auch die Deutsche Volkspartei sehe im Christentum einen Grundpfeiler deutscher Kultur und deutschen Volkslebens. Der Staat sowohl wie die Kirche müssen im Dienst der Volkserziehung stehen. Alle religiösen Gemeinschaften müssen selbstverständlich gleichberechtigt sein, allen Konfessionen müsse weitgehende Selbstverwaltung eingeräumt werden und der konfessionelle Friede dürfe unter keinen Umständen gestört werden. Ungesunde Verhältnisse seien es aber, wenn beispielsweise in Berlin 40 000 Familien ohne Wohnung seien, während 50 000 Ostjuden ohne weiteres Wohnung gefunden hätten. Der Abg. Aronsohn habe sich selbst entschieden gegen diese Einwanderung gewandt. Mit religiöser Intoleranz habe diese Stellungnahme nichts zu tun. Der Redner betonte sodann, daß die Deutsche Volkspartei eine nationale Partei sei! In einer geradezu unverständlichen Würdelosigkeit habe man die schwarz-weiß-rote Fahne, unter der wir geblutet und die herrlichsten Siege errungen haben, hermitgeholt; der nationale Gedanke aber müsse wieder im deutschen Volke zur Geltung kommen. Ohne Handels- und ohne Kriegsflotte, ohne Armee seien wir von Feinden rings umgeben. Das deutsche Volk aber werde wieder zur Höhe aufsteigen, wenn es den

Glauben an die Zukunft

nicht verliert. Rauschender Beifall wurde Herrn v. Kardorff zuteil, der übrigens eingangs seiner Rede auch kurz auf seinen Uebertritt zur Deutschen Volkspartei zu sprechen kam. Er selbst sei niemals konservativ gewesen; in der deutschnationalen Partei mache sich aber gegenwärtig eine konservative Strömung bemerkbar. Diese Politik habe er nicht mitmachen können.

In der Diskussion sprach der fattsam bekannte Herr Eckstein unter Heiterkeit der Versammelten sein Sprüchlein her. Die Aussprache erreichte aber, wie schon erwähnt, gewaltsam ein Ende, als Radikalinskis das Vorstandspodium stürmten. Die Versammlung wurde daher gegen ½11 Uhr geschlossen.

Die bolschewistische Gefahr.

Seit einigen Tagen liegen Nachrichten vor, die auf eine Bedrohung Deutschlands durch den russischen Bolschewismus hindeuten. Nach ihren ehemaligen Erfolgen haben die Polen eine schwere Niederlage erlitten und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auf die polnische Offensive gegen die Ukraine eine russisch-bolschewistische Offensive gegen Polen folgt. Ob und wo die Polen dem bolschewistischen Vordrängen standhalten werden, vermag heute noch niemand zu sagen. Jedenfalls gibt es keine sichere Garantie dafür, daß der neue polnische Staat nicht schließlich von der bolschewistischen Welle überflutet wird und daß die von kriegserfahrenen Generälen geführten roten Truppen nicht am Ende bis an die Grenze Ostpreußens und Schlesiens gelangen. Ist es aber erst so weit, daß sie vor unseren Toren stehen, dann ist die Gefahr natürlich groß, daß sie mit ihren Bundes- und Gesinnungsgenossen in Deutschland sich vereinigen und zur Errichtung eines Sowjet-Regimes in Berlin schreiten. Dann hätten wir den grausamsten und alles vernichtenden

Bürgerkrieg

im Lande. Dieser Gefahr kann nur begegnet werden durch die Bildung einer starken Regierung, welche die Kräfte der Verteidigung und Abwehr, die in unserem Lande vorhanden sind, energisch zusammenzufassen und einzusetzen versteht. Auch die Parteien der gegenwärtigen Regierung vom Zentrum bis zur Mehrheitssozialdemokratie sind nach ihrer programmatischen Einstellung zu einer entschiedenen Stellungnahme gegen die Gefahr eines bolschewistischen Einmarsches und einer einen solchen Einmarsch begleitenden kommunistischen Revolution im Lande selbst zur Wehr setzen zu wollen. Aber einmal seien die Mehrheitssozialdemokraten die Regierung, diese Gefahr sehr gering einzuschätzen und deshalb die Vorbereitungen zu ihrer Abwehr zu vernachlässigen. Sie fürchten, daß solche Vorbereitungen als „reaktionär" und „arbeiterfeindlich" von der links-radikalen Agitation gegen sie ausgenützt werden könnten. Unter ihrem Einflusse schenkt, wie eben erst von einem bayerischen Regierungs-Vertreter im Münchener Parlament ausdrücklich festgestellt wurde, die ganze Koalitions-Regierung der Frage zu wenig Aufmerksamkeit. Außerdem aber ist diese Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung viel zu schwach, um eine starke, zuverlässige, organisierte Abwehrmacht gegen den äußeren und inneren Bolschewismus aufstellen zu können. Selbst wenn ihr Wille, eine solche Macht zu schaffen, ernster und entschlossener wäre als er tatsächlich ist, brächte sie die Kräfte dazu nicht auf. Sie ist zu abhängig von zerbrechenden und auflösenden Strömungen, die offen oder im stillen die Sache des Bolschewismus fördern und jedenfalls seiner tatkräftigen Unterdrückung entgegenwirken. Anders sich die

Zusammensetzung des Reichsparlaments

nicht, so bleibt auch die Regierung schwach und unfähig zu energischen, vorbeugenden Sicherungsmaßnahmen und die Gefahr bolschewistischer Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsbedrohung von außen oder innen oder von außen und innen zugleich bleibt unbedroht bestehen. Nur eine Regierung, die alle aufbauenden Kräfte zusammenfaßt, um wieder eine feste Staatsmacht aufzurichten und die sich zuverlässige und ausreichende kräftige Werkzeuge dieser Macht zu schaffen weiß, kann jene Gefahr zum Verschwinden bringen.

Die deutsche Volkspartei hat den festen Willen, an dieser großen Aufgabe mitzuwirken. Daher ist es Pflicht eines jeden vaterlandsliebenden Deutschen, ihr seine Stimme zu geben.

Wahlmache.

In der „Volkswacht" vom 20. Mai findet sich ein kurzer Artikel mit der Ueberschrift: „Deutsche Volkspartei und Kapp-Putsch". In ihm wird behauptet, der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes der Deutschen Volksparteiführer Mittelschlesien, Direktor der Provinzial-Lebens-Versicherungsanstalt, Dr. Krüger, habe in den Märztagen kurz nach Ausbruch des Kapp-Putsches innerhalb der ihm unterstellten Anstalt unter den Angestellten einen Umlauf herumgehen lassen, in dem jeder aufgefordert wurde, sich als Zeitfreiwilliger für die „Neue Regierung" zu melden. Hierdurch sei die Beteiligung der Deutschen Volkspartei am Kapp-Putsch erwiesen, jetzt wollte Direktor Krüger wohl den neuen Putsch vorbereiten und terrorisiere als Reaktionär seine Beamten in konservativem Geiste. Bezeichnenderweise finden sich diese Ausführungen auch in der „Breslauer Morgenzeitung". Die ganze Nachricht kennzeichnet sich als ein ungewöhnlich plumper Wahlschwindel. Sie widerspricht den Tatsachen in jeder Beziehung. Dr. Krüger steht und stand auch in den Märztagen auf dem Boden der Verfassung und hat niemals jemanden, am allerwenigsten seine Beamten aufgefordert, die neue Regierung zu unterstützen.

Organisation.

Die Werbearbeit im Wahlkreis hat in den letzten 8 Tagen dank der von allen Kreisen der Bevölkerung freudig angebotenen Mitarbeit glänzende Fortschritte gemacht. Auch auf dem Lande haben sich in allen Bezirken freiwillige Helfer gefunden. Besonders dankbar dürfte die angebotene Mitarbeit einer sehr großen Anzahl Landlehrer begrüßt werden.

Im Waldenburger Gebiet sind dort folgende Ortsgruppen gegründet worden: Dittersbach, Salzbrunn, Charlottenbrunn, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Bülowaltersdorf, Wüstegiersdorf, Reimswaldau, Ghrbersdorf und Friedland. Auch die Kreise Neumarkt und Nimptsch wurden neu erschlossen. In den anderen Kreisen wurde die Organisation weiter ausgebaut.

Die letzte Woche bringt für Breslau noch drei große Versammlungen:

Am 2. Juni sprechen im großen Saal des Vincenzhauses vor der Breslauer Beamtenschaft Schulrat Beuermann, M. d. N., der im vorigen Jahre in der Provinz Posen das Banner der Volkspartei erhoben hat. Herr Beuermann ist aus dem Lehrerstande hervorgegangen und ein überzeugender, gewinnender Redner.

Außerdem sprechen Herr Prov.-Sekretär Mainka-Breslau und unsere Kandidatin, die langjährige Gehilfin an der Landesversicherungsanstalt, Fräulein Lorenz.

Am 3. Juni findet im großen Saal des Konzerthauses eine große allgemeine Frauenkundgebung statt mit dem Thema:

a) „Gegen die farbige Schmach",
b) „Hilfe aus Deutschlands Not".

Redner sind Frau Luise Brandt aus Berlin, Frau Gertrud Schüler, Breslau und Herr Korvettenkapitän Mehenthien, Breslau.

Den Schluß des Wochtamstes bildet eine für den 5. Juni im großen Saal des Schützenverder vorgesehene Versammlung für Private Angestellte, in der der 2. Vorsitzende des Schutzverbandes für Privatangestellte und Vorsitzende des Privatangestellten-Ausschusses der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung das Referat hält.

Daneben wird in der Provinz von zahlreichen Rednern gleichfalls für die Volkspartei geworben. Größte Siegeszuversicht läßt die Partei dem 6. Juni mit der festen Ueberzeugung entgegensehen, daß dieser Tag der Deutschen Volkspartei in Mittelschlesien einen glänzenden Sieg bringen wird.

Verantwortl.: Generalsekretär Bruno Salomon, Breslau